



25 JAHRE URKNALL:
ABSICHTEN – BILANZ –
AUSBLICK

EINE MEDIENPOLITISCHE BETRACHTUNG
6. BERLINER MEDIEN DISKURS

Barthel Schölgens (Hrsg.)

I
M

P
L
E
N
U
M

ISBN 978-3-941904-27-9

www.kas.de

Diese Publikation dokumentiert die gleichnamige Fachkonferenz, die die Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen ihres BERLINER MEDIEN DISKURSES am 26. Mai 2009 in Berlin veranstaltet hat.

Die Vorträge und Beiträge der Podiumsteilnehmer sind von den Urhebern autorisiert.

INHALT

- 5 | VORWORT
Barthel Schölgens

- 7 | 25 JAHRE URKNALL:
NICHT ALLE ERWARTUNGEN ERFÜLLT
Jürgen Wilke

- 15 | DEN RICHTIGEN WEG EINGESCHLAGEN
Dieter Stolte

- 23 | INFRASTRUKTUR – HEMMSCHUH UND TREIBER
DES DUALEN SYSTEMS
Wolf-Dieter Ring

- 29 | PODIUMSDISKUSSION
*mit Jürgen Wilke | Dieter Stolte | Wolf-Dieter Ring
Jürgen Doetz | Bernhard Vogel | Andreas Krautscheid*

Moderation: Claus Detjen

- 53 | FRAGEN UND ANMERKUNGEN AUS DEM PLENUM

- 74 | DIE AUTOREN

- 74 | HERAUSGEBER UND ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-941904-27-9

VORWORT

Am 1. Januar 1984 startete um 9:45 Uhr in einem Kellerstudio der Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) in Ludwigshafen der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen. Dieses Datum gilt als der „Urknall“ der bundesrepublikanischen Medienentwicklung. Was in Ludwigshafen als Versuch mit zweijähriger Laufzeit geplant war, entwickelte sich zu einer erfolgreichen Einführung des privaten Rundfunks in Deutschland. Einen Tag später, am 2. Januar 1984, wurde in einem Studio-„Kreißaal“ in Luxemburg – ohne deutsche Zulassung – RTLplus geboren.

Den ersten Satz des ersten privaten Fernsehsenders, der PKS (Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfunk, der Vorgängerin von Sat.1), sprach an diesem Neujahrstag der damalige Geschäftsführer der PKS Jürgen Doetz. Geschäftsführer der AKK war damals Claus Detjen, Intendant des ZDF war zu diesem Zeitpunkt Dieter Stolte.

Nach 25 Jahren wollte die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit diesen Zeitzeugen und Gestaltern der Entwicklung und weiteren Experten die hinter dem „Urknall“ liegenden Absichten beleuchten, eine Bilanz der Entwicklungen ziehen und einen medienpolitischen Ausblick wagen. Sie will auch mit dieser Dokumentation der jüngeren Generation die Zusammenhänge und Umstände der damaligen Zeit näher bringen. Sie finden die Text- und Video-Dokumentation deshalb auch im Internet: www.kas.de/wf/de/33.16620/

25 Jahre nach dem „Urknall“ haben wir einen Konsens über die Notwendigkeit des dualen Mediensystems. Das war Ende der 1970er und in den 1980er Jahren noch anders. Da wurde z.B. in der hessischen SPD darüber diskutiert, Störsender gegen den „Kommerzfunk“ aufzustellen. Und von „Verkabelungsstopp“ war die Rede. Da wurden Verfassungsänderungen diskutiert, die die Einführung des Privatfunks erschweren sollten. Die damalige SPD-geführte Bun-



Beim 6. BERLINER MEDIEN DISKURS referierten, diskutierten und moderierten (v. l.): Prof. Dr. Jürgen Wilke, Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte, Prof. Dr. Bernhard Vogel, Jürgen Doetz, Claus Detjen, Minister Andreas Krautscheid und Barthel Schölgens. Prof. Dr. Ring hatte seinen Vortrag schriftlich vorgelegt, da er kurzfristig verhindert war.

desregulierung erwog vor 30 Jahren sogar, „zur Bewahrung einer humanen demokratischen Gesellschaft“ die Meinungsfreiheit einzuschränken (nachzulesen im Bulletin der Bundesregierung vom 26.09.1979).

Heute haben wir in Deutschland eine bunte Radio- und TV-Landschaft, milliardenschwere Umsätze, tausende Arbeitsplätze und 14 Landesmedienanstalten, die inzwischen weit über 500 Fernsehlicenzen vergeben haben. Und wir haben zahlreiche Gerichtsentscheidungen, die das System aus öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichen Rundfunksendern gefestigt haben.

Wir haben aber auch ein deutlich gewachsenes öffentlich-rechtliches Programmangebot und eine vielfältige Medien-Szene – auch im Ausbildungsbereich.

Die nachfolgenden Vorträge und Diskussionen geben Einblick in die damalige Situation. Sie beschreiben, dass der „Urknall“ ein langwieriger Prozess war, der dem Ziel diente, durch mehr Auswahl das bis dahin existierende Fernsehen zu entautorisieren.

Die Podiumsdiskussion und die Wortmeldungen der Teilnehmer spannen einen Bogen in die Gegenwart zu Diskussionen über Programmqualität, die Rolle der Gremien, Einschaltquoten, Sportrechte, Drei-Stufen-Test. Diese Dokumentation bietet also eine interessante Lektüre.

Allen Referenten und Diskutanten sei für ihre Mitwirkung und die Autorisierung ihrer Beiträge gedankt.

Sankt Augustin, im November 2009

Barthel Schölgens

Leiter Stabsstelle Medienpolitik

Zentralabteilung Kommunikation und Medien

25 JAHRE URKNALL: NICHT ALLE ERWARTUNGEN ERFÜLLT

Jürgen Wilke

Der Begriff, ja das Bild vom Urknall, das dieser Veranstaltung noch einmal den Titel gibt, ist 1987 durch ein Buch von zwei seinerzeit am Ludwigshafener Kabelpilotprojekt Beteiligten in Umlauf gebracht worden.¹ Es handelt sich um eine Anleihe bei der physikalischen Kosmologie. Doch ist die Inanspruchnahme dieses Begriffs in unserem Zusammenhang ziemlich irreführend, zumindest wenn man damit die Plötzlichkeit eines eintretenden Ereignisses meint. Am Anfang des medialen Universums befand man sich ohnehin auch nicht mehr.

Von Plötzlichkeit konnte bei der Einführung des privaten Rundfunks in Deutschland jedenfalls keine Rede sein.² Sieht man von den ersten Initiativen schon in den 1950er Jahren ab, die notwendigerweise an den technischen und rechtlichen Umständen damals scheitern mussten, zog sich die Etablierung des Privatfunks mehr als ein Jahrzehnt hin, gerechnet von der Einsetzung der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) im Jahre 1973. Der Weg zum so genannten „Urknall“ war langwierig, bedingt vor allem durch den medienpolitischen Grundsatzstreit zwischen den Unionsparteien und der SPD. Nicht nur die Einrichtung der Kabelpilotprojekte war strittig. Zumal um ihre Ausgestaltung und Finanzierung gab es Auseinandersetzungen.

Die Etablierung des privaten Rundfunks war von politischen Absichten bestimmt und wurde mit Befürchtungen begleitet. Leitend war die Absicht, das Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten aufzuheben, vor allem das Fernsehen zu „entautorisieren“ und durch Konkurrenz den Menschen mehr Auswahl und Freiheit zu ermöglichen. Befürchtet wurde von den Gegnern negative Konsequenzen für Individuen und Gesellschaft. Man sprach beispielsweise von Reizüberflutung, drohender Abhängigkeit, Programmverflachung und von Geschäft statt Gemeinwohl. Wobei unterstellt wurde, dass die öffentlich-rechtliche Organisationsform per se das Gemeinwohl verwirkliche.

Welche Folgen, so ist heute nach 25 Jahren zu fragen, hatte die Einführung des privaten Rundfunks in Deutschland? Ich will die Antworten darauf, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, in neun Punkten zusammenfassen:

1. Die Zahl der Sender und der Programmangebote in Hörfunk und Fernsehen hat sich drastisch erhöht. 1984 gab es in Deutschland 13 öffentlich-rechtliche Rundfunksender (einschließlich Deutsche Welle, Deutschlandfunk und RIAS), die sieben Fernsehprogramme (ARD, ZDF, fünf Dritte) und 31 Radioprogramme ausstrahlten. 2007 gab es 15 öffentlich-rechtliche und 354 privat-kommerzielle Fernsehprogramme sowie 56 öffentlich-rechtliche und 228 private Radioprogramme. Diese Vermehrung hat sich in mehreren Wellen vollzogen, sprunghaft erst recht in den letzten Jahren durch die Digitalisierung. Anfang der 1980er Jahre waren es nur Kabel und Satelliten gewesen, die die Enge des terrestrischen Frequenzspektrums erweiterten. Inzwischen sind neue Technologien hinzu getreten, die die Übertragungskapazitäten nochmals enorm potenziert haben, insbesondere das Internet. Freilich geht damit eine Fragmentierung der Senderlandschaft einher, die den Handlungs- und Refinanzierungsspielraum für die einzelnen Anbieter immer stärker partialisiert.

2. Verändert hat sich der Radio- und Fernsehempfang. Nach anfänglicher Stabilität hat sich die tägliche Reichweite des Fernsehens erhöht. 1982 hatte das Fernsehen im Jahresdurchschnitt bei der Bevölkerung eine Reichweite pro Tag von 72 Prozent, 2005 waren es 79 Prozent. In geringerem Umfang stieg die Hörfunk-Reichweite von 76 Prozent auf 84 Prozent. Im Jahre 1984 verteilten sich die Marktanteile der Sehdauer im Wochendurchschnitt wie folgt: ARD 46 Prozent, ZDF 44 Prozent,

Dritte Programme 10 Prozent. Im Jahre 2007 hatte das Erste im Jahresdurchschnitt einen Marktanteil von 13,4 Prozent, das ZDF von 12,8 Prozent, die Dritten zusammen genommen von 13,3 Prozent, RTL von 12,5 Prozent, SAT.1 von 9,5 Prozent und Pro Sieben von 6,5 Prozent. Dabei beruht der Vorsprung der Öffentlich-Rechtlichen in den letzten Jahren vor allem auf Sportübertragungen. Sie allein können bisher dafür die gestiegenen Kosten für die Übertragungsrechte aufbringen.

3. Erhöht hat sich der Radio- und Fernsehkonsum. 1983/84 betrug im Durchschnitt die Hördauer der Gesamtbevölkerung pro Tag 159 Minuten, die tägliche Sehdauer 119 Minuten, 2007 waren es beim Radio 186 Minuten und beim Fernsehen 208 Minuten. Die Erhöhung beträgt beim Fernsehen etwas weniger als die Hälfte, beim Radio ein Sechstel. Das ist zwar insbesondere beim Fernsehen ein nicht geringer Anstieg, dürfte aber noch keineswegs jene Abhängigkeit bedeuten, die vor der Einführung des Privatfunks befürchtet wurde. Zudem ist die Fernsehnutzungsdauer leicht rückläufig: Von 2004 bis 2006 lag sie schon bei 210 bis 212 Minuten, was durch die besonderen Sportereignisse dieser Jahre bedingt gewesen sein dürfte. Als „Bremse“ wirkt zudem die zunehmende Internet-Nutzung. Da man inzwischen auch im Internet fernsehen kann, wird die Messung der Reichweite immer komplizierter.

4. Die Rundfunknutzung hat sich diversifiziert. Das gilt insbesondere für das Fernsehen. Im dualen System werden in den Haushalten selbstverständlich mehr Programme genutzt als dies im öffentlich-rechtlichen Monopol möglich war. Andererseits hat sich gezeigt, dass die persönliche Auswahl aus den Programmen limitiert bleibt. Natürlich hängt das von der individuellen Verfügbarkeit ab. Man misst das mit dem so genannten Kanalrepertoire (auch „relevant set“ genannt), d.h. der Anzahl der vom Einzelnen genutzten Programme.³ Tatsächlich begnügen sich knapp zwei Drittel der Fernsehzuschauer mit drei Programmen. Mehr als 90 Prozent der gesamten Fernsehnutzung entfallen auf nicht mehr als zehn Sender. Die befürchtete Fragmentierung des Publikums ist jedenfalls nicht eingetreten. Denn bei vielen Zuschauern lässt sich auch eine bemerkenswerte „Kanalreue“ feststellen. Immerhin gibt es eine deutliche Spaltung zwischen der älteren Bevölkerung, die die öffentlich-rechtlichen Programme bevorzugt, und den jüngeren Menschen, die mehr die privaten Sender einschalten. Bei den Jüngeren haben daher auch die Privaten den höheren Marktanteil.

5. Von der Einführung des Privatfunks wurden auch ökonomische Effekte erwartet. An zwei Indikatoren möchte ich dies belegen. Der Privatfunk, von Pay TV abgesehen, muss sich ausschließlich durch Werbeeinnahmen finanzieren. Tatsächlich ist der Werbemarkt in Deutschland in den letzten 25 Jahren enorm gewachsen, vor allem im Bereich der Fernsehwerbung. Die Gesamtwerbeaufwendungen in Deutschland wuchsen, gerechnet in Euro, von 7,65 Milliarden 1984 auf 20,35 Milliarden 2006. Den Löwenanteil an der Steigerung machte die Fernsehwerbung aus. Sie erhöhte sich von 680 Millionen Euro 1984 auf 4,1 Milliarden 2006. Die Hörfunkwerbung wuchs (in geringerem Umfang) von 268 Millionen Euro auf 680 Millionen Euro. Der Anteil der Fernsehwerbung an den gesamten jährlichen Werbeaufwendungen in Deutschland verdoppelte sich. Allerdings hatte auch das Fernsehen unter der Werbekrise Anfang des Jahrtausends zu leiden (2002: -11,5 Prozent), und dies wird auch in der gegenwärtigen Finanzkrise nicht anders sein.

6. Ein weiterer ökonomischer Indikator können die Arbeitsmarkteffekte sein. Wie viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten und Stellen die Einführung des privaten Rundfunks nach sich zog, lässt sich kaum präzise beziffern. Die Zahl der fest angestellten und sonstigen Mitarbeiter im Privaten Fernsehen stieg sozusagen von 0 bis 1996 auf über 8.900. Von 1998 bis 2001 kam es zu einem weiteren kräftigen Beschäftigtenaufbau. Danach ging die Beschäftigtenzahl im Rahmen von Maßnahmen der Kosteneinsparung zurück. Seitdem setzte wieder eine Phase langsamen Anstiegs ein. Die Gesamtzahl der Beschäftigten im privaten Fernsehen betrug 2006 16.500, davon 9.400 Beschäftigte ohne Telshopping-Kanäle. Deren Zahl hatte 2001 12.500 betragen, was einen Höhepunkt darstellte.⁴ Im privaten Hörfunk wurden 1996 7.400 Beschäftigte gezählt. Hier gab es in der Folgezeit weniger Ausschläge. 2006 waren es noch 6.700. Allerdings geben diese Zahlen keine hinreichende Vorstellung von den Arbeitsmarkteffekten, weil beispielsweise die Arbeitsplätze, die in der Fersenproduktionswirtschaft und anderweitig mittelbar mit dem Privatfunk verbunden sind, nicht einberechnet sind. Die Personalstärke der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist mit 52.000 noch weit größer.

7. Das Aufkommen des Privatfunks hatte erhebliche Folgen für die Programme. Im Hörfunk bildeten sich bestimmte Programmformate heraus (Formatradios), die durch ihre „Musikfarben“ auf die jeweilige werberelevante Zielgruppe ausgerichtet sind. Im Fernsehen entstanden einerseits Vollprogramme, außerdem aber auch Spartenprogramme (für Nachricht-

ten, Sport, Videoclips). Die Vollprogramme entwickelten, um Zuschauer zu gewinnen, eine ganze Reihe neuer Sendeformen mit Boulevard-Charakter. Dazu gehören diverse Shows, Talk-Sendungen, Gewinnspiele, Vorabendserien, Reality-TV usw. Mit nicht wenigen dieser Sendungen erregten die privaten Sender Anstoß, wie jüngst wieder RTL mit der Serie „Erwachsen auf Probe“. Die öffentliche Aufmerksamkeit kam ihnen im Grunde zupass. Bemängelt wird das Fehlen seriöser Information. Sie gibt es zwar auch, aber meist in den „Fensterprogrammen“, die den privaten Sendern zur „Vielfaltssicherung“ auferlegt sind.

8. Der Privatfunk hat nicht nur eigene Programmformate hervorgebracht, sondern auch Auswirkungen gehabt auf die öffentlich-rechtlichen Programme. Erfolgreiche Sendeformen der Privaten sind von ARD und ZDF übernommen oder zumindest adaptiert worden. Solche Anpassung wird seit Jahren unter dem Stichwort „Konvergenz“ diskutiert. Während ARD und ZDF dies unter Hinweis auf ihre nach wie vor hohen Informationsanteile bestreiten, sind doch Tendenzen der Angleichung nicht zu übersehen.⁵

9. Schwer messbar ist, inwieweit die beabsichtigte „Entautorisierung“ des Fernsehens eingetreten ist. Das Fernsehen würden, wie Erhebungen zeigen, heute zumindest nicht weniger Leute vermissen als noch Mitte der achtziger Jahre, wohl aber das Radio. Allerdings dürfte die Bindung eher noch stärker über die Unterhaltung laufen. Zuschauer eingebüßt haben jedenfalls auch die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF, die gleichwohl immer noch stärker genutzt werden als die der privaten Anbieter. Größer sind die Verluste bei den politischen Magazinen.

In einem Vierteljahrhundert privaten Rundfunk, auf das wir zurück blicken, haben sich durchaus nicht alle Erwartungen erfüllt. Dies gilt vor allem für die Erwartungen der Zeitungsverleger, die lange Zeit auf die Zulassung privaten Rundfunks gedrängt hatten und darin eine Chance für ein zusätzliches Geschäftsfeld erblickten, in dem sie ihre Unternehmen auch bei abnehmender Auflagenentwicklung würden sichern können.

In der Gründungsphase des privaten Rundfunks waren die Zeitungsverleger durchaus präsent. 167 Zeitungsverleger waren an der PKS, der Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk beteiligt, aus der SAT.1 hervorging. Wegen der großen Verluste in den ersten Jahren zogen sich die Zeitungsverleger und auch die Zeitschriftenhäuser Burda und

Bauer aus diesem Sender zurück. Im Grunde gibt es Anteilseigner aus der Presse heute nur noch im privaten Hörfunk. Der Versuch der Übernahme der Pro Sieben Sat.1. Media AG durch den Springer Verlag scheiterte bekanntlich vor drei Jahren am deutschen Kartellrecht bzw. an dessen restriktiver Auslegung. Wozu das geführt hat und mit welchen Folgen – einer Übernahme durch die Finanzinvestoren Permira/KKR – ist bekannt. Der Sender ist hoch verschuldet, muss Programmkosten einsparen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Einwände der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger gegen eine in ihren Augen extensive Erlaubnis von Internet-Aktivitäten für ARD und ZDF im jüngsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag zu verstehen.

Der private Rundfunk ist in Deutschland vor einem Vierteljahrhundert gegen große Widerstände durchgesetzt worden. Diese Widerstände haben sich inzwischen weitgehend erledigt, was nicht heißt, dass es keine Kritik gäbe und auch keine Probleme für seine wirtschaftliche Entwicklung. Ähnlich wie man von einer Konvergenz zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunkprogrammen spricht, kann man vielleicht von einer medienpolitischen Konvergenz zwischen den großen Parteien sprechen.

Die Unionsparteien, die sich im Wesentlichen die Durchsetzung des Privatfunks zuschreiben können, brauchen dies angesichts der erzielten Effekte nicht zu bedauern, werden aber in anderer Hinsicht enttäuscht sein. Die publizistische Vielfalt ist, so wie man sich das vorstellte, wohl nicht eingetreten, und auch diverse Programmformate werden in wert-konservativen Kreisen nicht auf Gegenliebe stoßen. Auf der anderen Seite hat sich die SPD mit dem privaten Rundfunk nicht nur abgefunden, sondern anerkennt seinen Beitrag zur Medienlandschaft, ja sieht in deren Weiterentwicklung eine genuine Gestaltungsaufgabe. Dabei hat man die Vorbehalte gewiss nicht allesamt aufgegeben, welche die kommerziellen Rundfunkanbieter als nicht chancengerecht empfinden und die öffentlich-rechtlichen Anstalten stärken. Dennoch gibt es auch auf Seiten der SPD ernsthafte Bemühungen um ein gedeihliches Nebeneinander der beiden Säulen des deutschen Rundfunksystems.

Wie sehr sich die Situation geändert hat, mag man an folgender Episode ersehen. Im Februar 2009 ist in der Mainzer Staatskanzlei der Leiter der Rundfunkabteilung, Dr. Dieter Dewitz, in den Ruhestand getreten. Er gehörte schon mit zu den Beamten, die unter Ministerpräsident Bernhard

Vogel und Staatssekretär Schreckenberger Anfang der 1980er Jahre die gesetzlichen Grundlagen für den Privatfunk in Rheinland-Pfalz legten. Dewitz ist aus Anlass seines Ausscheidens eine Festschrift gewidmet worden, an der „Mannschaftskameraden und Gegenspieler“ mit geschrieben haben, darunter auch Ministerpräsident Kurt Beck und Martin Stadelmaier, der Leiter der Staatskanzlei und Koordinator der Rundfunkpolitik der Bundesländer. Diese Festschrift trägt den schönen Titel *Das Wunder von Mainz*.⁶ Das ist eine erstaunliche Formulierung nach 25 Jahren und könnte dazu verleiten, auch Bernhard Vogel als „Wundertäter“ anzusehen.

- 1| Stephan Ory/Rainer Sura: *Der Urknall im Medienlabor. Das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen*. Berlin 1987.
- 2| Vgl. auch Jürgen Wilke: *Die zweite Säule des „dualen Systems“: Privater Rundfunk*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 9-10/2009, 23.2. 2009, S. 12-19.
- 3| Vgl. Natalie Beisch/Bernhard Engel: *Wieviel Programme nutzen die Fernsehzuschauer?* In: *Media Perspektiven* 7/2006, S. 374-379.
- 4| *Wirtschaftliche Lage des Rundfunks in Deutschland 2006/2007. Bericht Prof. Dr. Wolfgang Seufert*. Berlin 2008. S. 29ff.
- 5| Vgl. *ALM Programmbericht 2008. Fernsehen in Deutschland 2008*. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten. Berlin 2008.
- 6| Matthias Knothe/Klaus-Peter Potthast (Hrsg.): *Das Wunder von Mainz – Rundfunk als gestaltete Freiheit. Festschrift für Hans-Dieter Dewitz*. Baden-Baden 2009.

DEN RICHTIGEN WEG EINGESCHLAGEN

Dieter Stolte

Das aufgerufene Thema kann medienrechtlich, medientechnisch, medienpolitisch oder auch als ein sich über Jahrzehnte erstreckender Verteilungskampf zwischen Zeitungsverlegern und öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verstanden werden. Im ersten Falle handelte es sich um eine ordnungspolitische Frage, im zweiten um eine nach Frequenzhoheit und Verteilung der Sendefrequenzen, im dritten um eine macht- beziehungsweise programmpolitische und im vierten schließlich um eine Existenzfrage der Zeitungsverleger, die sich vom Aufkommen und der Expansion des Fernsehens wirtschaftlich bedroht sahen.

Konrad Adenauer, machtbewusster Kanzler der Bonner Republik, versuchte 1961 alle vier Fragestellungen mit seinem Finanzminister Fritz Schäffer durch die Gründung der Deutschland Fernseh GmbH mit einem Schwertschlag zu lösen. Der Gordische Knoten wurde bekanntlich nicht durchgeschlagen. Im Gegenteil!

Er löste eine Klage der Länder vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe aus. Mit seinem Urteil vom 28. Februar 1961 sprach das Gericht den Ländern die Zuständigkeit für Rundfunk als Teil ihrer Kulturhoheit zu. Der Knoten war damit fester gezurrt worden. Er hielt zwei Jahrzehnte und er zeigt bei vielfältigen Gelegenheiten auch heute noch seine Haltbarkeit.

Das Fernsehurteil von 1961, das aus gegebener Veranlassung etwa alle zehn Jahre vom höchsten Deutschen Gericht bestätigt, beziehungsweise fortgeschrieben wurde, knüpfte die Entwicklung des Privatfernsehens an folgende vier Bedingungen:

- die Entstehung des Privatfernsehens sollte erst dann möglich sein, wenn bundesweit genügend Sendefrequenzen zur Verfügung stehen, um neben der flächenmäßigen Vollversorgung von ARD/ZDF auch privaten Interessenten einen Gestaltungsspielraum einzuräumen zu können;
- ARD/ZDF erhielten mit dem Recht zur Grundversorgung der Bürger die Pflicht auferlegt, durch ihre Angebote die inhaltlichen Defizite der Privatveranstalter auszugleichen;
- Neben der Finanzierung aus Gebühren, die bis heute in der Regel in einen Vierjahresrhythmus angehoben werden, wurde das Recht auf Ausstrahlung von Werbesendungen (wenn auch zeitlich begrenzt) erstmals gesetzlich verankert. Der Gesetzgeber wollte damit die Sozialverträglichkeit der Rundfunkgebühr garantieren;
- Die Gewährleistung von Rundfunkveranstaltungen (Hörfunk wie Fernsehen) als nationale Kulturleistung sollte durch eine jeweilige Lizenzierung überprüft und festgeschrieben werden.

Es waren vornehmlich ordnungs- und standortpolitische Gründe, die die Entstehung des Privatfernsehens beflügelten. Sie verbanden sich mit politischen Erwartungen nach Programmvielfalt und politischer Unabhängigkeit. Dabei hatte die inhaltliche Vielfalt und liberale Verfassung der deutschen Presse die Illusion genährt, diese Geisteshaltung ließe sich ohne weiteres auf das Fernsehen übertragen. Dabei wurde übersehen, dass Fernsehen eine Sache des großen Geldes ist, die mit der mittelständischen Eigentums-Struktur der deutschen Zeitungslandschaft schwer zu vereinbaren war. Hinzu kam ihre regionale Verankerung, die sich allenfalls mit lokalen Radioprogrammen verbinden ließ. Wirtschaftliche Synergien waren hier möglich und wurden im Laufe der Zeit auch tatsächlich gehoben. Für das Fernsehen galt das nicht; es blieb von Anfang an eine Domäne der großen Medienunternehmen wie Kirch, Springer und Bertelsmann, die bereit und in der Lage waren, Millionenbeträge in zwei- beziehungsweise dreistelliger Höhe zu investieren. Diese Beträge wurden

entweder auf dem Kapitalmarkt aufgenommen oder stammten aus Geschäftstätigkeiten, die sie auf anderen Märkten (Lizenzhandel, Zeitungen, Filmproduktionen) verdient hatten. Leo Kirch war dabei von allen der weitsichtigste und risikofreudigste Unternehmer.

Die Einführung des Privatfernsehens im Jahre 1984 war zwangsläufig und folgerichtig. Die sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ergebenden Voraussetzungen waren gegeben. Ein weiteres Hinauszögern hätte dazu geführt, dass es in grenznahen Gebieten zur Bundesrepublik Deutschland (Luxemburg, Österreich, Holland und der Schweiz) zu Produktions- und Sendestandorten gekommen wäre. Arbeitsplätze wären im Ausland entstanden. Ertragssteuern dort angefallen. Die inzwischen entwickelte Satellitentechnik (zuerst ECS Ost und Westbeam, dann Astra, Eutelsat und Intelsat) führte schließlich dazu, dass der Himmel über Europa für Rundfunkaktivitäten grenzfrei wurde. Der *free flow of information* bekam europaweite Geltung.

Trotz aller Zwangsläufigkeiten war es erstaunlich, dass sich die Repräsentanten der öffentlich-rechtlichen Anstalten mit Vehemenz gegen diese neue Entwicklung stemmten. Mitunter konnte man den Eindruck gewinnen, es ginge darum, den Heiligen Gral zu verteidigen. Der Gral, das war die Gesellschaft. Und wie immer bei politischen Auseinandersetzungen, wenn die Begriffe unscharf werden, konnte man bei ihrem Gebrauch verbergen, was es an handfesten Eigeninteressen bei der Aufgabe eines Oligopols, aber auch an berechtigten Sorgen hinsichtlich einer zu erwartenden Programmverflachung gab. Für letztere gab es aufgrund der Entwicklung kommerzieller Systeme in den Vereinigten Staaten, in Südamerika und Asien hinreichende Beweise.

In den Auseinandersetzungen um die Ablösung des Oligopols von ARD/ZDF spielte das ZDF im Vergleich zur ARD eine moderate Rolle. Das hing nicht damit zusammen, dass seine Wortführer (Karl Holzamer, Karl-Günther von Hase und auch ich selbst) weniger glaubensstark gewesen wären, sondern dass sie aufgrund der Entstehungsgeschichte des ZDF schon sehr früh gezwungen waren, unternehmerischer zu denken als die ARD. Das ZDF ist im Wettbewerb mit der ARD groß geworden, die ihrerseits alle Chancen des Erstgeburtsrechts nutzte und konsequent ausspielte. Während das ZDF unter seinem Gründungsintendanten Karl Holzamer auf die Zusammenarbeit mit Freien Film- und Fernsehproduzenten setzte und auf den Aufbau von eigenen Ateliers, Musik- und

Synchronstudios verzichtete (es gab derer genug und man konnte freie Kapazitäten kostengünstig anmieten), beharrte die ARD darauf, dass ihre Aktivitäten hoheitlichen Charakter haben. Das galt nicht zuletzt auch für das personalintensive Sendernetz.

Das ZDF sah sich sowohl von ARD-Kollegen wie von linken Kulturkritikern als bald dem Vorwurf der Selbstkommerzialisierung ausgesetzt. Das war falsch, ideologiebehaftet, aber in der öffentlichen Meinung eine höchst wirksame Instrumentalisierung. Das ZDF musste sich auch immer wieder gegen Privatisierungswünsche verteidigen, die sowohl aus dem Lager der Zeitungsverleger wie von der FDP (MdB Hans-Joachim Otto) kamen.

Die Einführung des Privatfernsehens, die 1984 mit dem Urknall in Ludwigshafen unter Bernhard Vogel und mit Unterstützung von Christian Schwarz-Schilling begann, setzte auf vielfältigen Ebenen Kräfte frei und leitete Prozesse ein, die in ihren Konsequenzen auch heute noch nicht abgeschlossen sind:

- Die entscheidenden qualitative Veränderung betraf das Programm selbst. Die Angebote der Privaten waren unterhaltsamer, jugendlicher, frecher, zynischer, frivoler und in jeder Hinsicht bedenkenloser. Getreu dem Motto von Helmut Thoma – „Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler“ – wurde angeboten was gefällt, was ankommt, gleichgültig, welche Nebenwirkungen dabei zu erwarten waren. Nach anfänglichen Bemühungen, eine von den Verlegern ausgerichtete Nachrichtensendung „Blick“ zu schaffen, die die journalistischen Standards der Tageszeitungen auf das Fernsehen übertragen sollte (siehe die Gründung der APF unter seinem Geschäftsführer Gerhard Naeyer), setzte sich immer mehr ein Formatfernsehen durch (*Tutti Frutti*, *Dschungelcamp*, *Deutschland sucht den Superstar*, *Der heiße Stuhl*), das in Verbindung mit der Entwicklung eines *audience flow* alles daran setzte, dem Zuschauer nicht mehr die Ruhe und Geduld einer Wahlentscheidung zu belassen, sondern durch den rasanten Ablauf des Programms im eigenen Kanal zu halten. Abspanne wurden verkürzt, beziehungsweise auf geteilten Bildschirmen angeboten, auf jeden Fall aber so schnell abgespielt, dass sie als Hinweis auf die an der Produktion Beteiligten nur noch eine Farce darstellten. Hinzu kamen ständige Verweise mit Programm-Trailern oder Journalisten, die den Stab zur nächsten Sendung weitergaben. Selbstreferenzielles Fernsehen, das keine Programmzeitschriften für die Programmauswahl

mehr braucht! ARD und ZDF haben hier schnell dazugelernt und sind inzwischen in der Handhabung solcher Marketinginstrumente Weltmeister.

- Die verhängnisvollste Veränderung betraf die Rezeption und Bewertung der Programme in Marktanteilen und Quoten. Das hatte seinen Ausgangspunkt in den Werbeangeboten. Die Werbewirtschaft brauchte für ihre Buchungen eine verlässliche Währung, um die Effizienz der Werbeschaltungen nachweisen und vergleichen zu können. Außerdem setzte sie nach amerikanischem Vorbild auf jugendliche Zielgruppen, in der Annahme, dass sie (trotz geringeren Einkommens) das Kaufverhalten der Gesellschaft nachhaltig prägen würden. Damit wurde im Wettbewerb der Veranstalter ein Totschlaginstrument etabliert, das die Privatveranstalter konsequent gegen ARD/ZDF einsetzten, dabei vor gehässigen Formulierungen nicht zurückschreckend: Rheumadecken-Sender, Kukident-Sender etc.
- Mit der gesetzlichen Auflage zum Vielfaltsangebot und zur Integration in die Gesellschaft, gerieten ARD/ZDF in eine Seriositätsfalle, aus der sie sich nur mühsam befreien konnten. Dabei kamen Konvergenzprozesse in Gang, bei denen sich die Programmprofile der Veranstalter einander annäherten. Die Privaten zeigten, dass auch sie gute Fernsehfilme produzieren können, die Öffentlichen bewiesen, dass Trivialität (siehe die Entwicklung von Daily Soaps!) auch bei ihnen einen Sendeplatz haben kann. Allein bei den Informationsangeboten zeigen ARD/ZDF bis heute unangefochten Klasse. Die Nachrichtensendungen sind informativ, die zeit-kritischen Magazine von analytischer Schärfe, die Reportagen nah am Menschen und die wissenschaftlichen (vor allem historischen) Dokumentationen von einer thematischen Breite und formalen Qualität, die international ihresgleichen sucht.
- Der Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Veranstaltern führte zu einem gigantischen Preiskampf um Rechte und Lizenzen. Während auf dem Gütermarkt die Regel gilt, dass Wettbewerb das Geschäft belebt, die Qualität steigert und die Preise senkt, ist auf dem Medienmarkt das Gegenteil der Fall. Das hängt mit der Verknappung von Eigentumsrechten besonderer Art ab: Es gibt nur eine Bundesliga, nur eine Olympiade und nur wenige A-Pictures. Das Gleiche gilt für Autoren, Spitzenregisseure und vor allem Stars der Showbranche.

- Insgesamt führte die Einführung des Privatfernsehens zu einer Belebung des Arbeitsmarktes. Tausende von Arbeitsplätzen entstanden. Insbesondere junge Menschen erhielten in Produktion, Technik und Redaktion Ausbildungsplätze und neue Möglichkeiten, ihre Talente zu entfalten. Vor allem für junge Frauen eröffneten sich Berufschancen als Moderatorin, Reporterin, Dramaturgin und Fernsehredakteurin. Sie bestimmen heute im fiktionalen Bereich weitgehend das Programm. Im Gegensatz zu Wirtschaft und Finanzen sind Frauen in der Leistungsebene des Rundfunks präsent: Dagmar Reim (rbb), Monika Piel (WDR), Anke Schäferkordt (RTL), Verena Kuhlenkampff (WDR).
- Der einsetzende Wettbewerb war auch ein Akt der Befreiung, der ARD/ZDF aus einer beamtenähnlichen Struktur löste, die teils aufgezogen, teils eingebildet war. Auf einmal waren Konstellationen und Entscheidungen möglich, die vorher für undenkbar gehalten wurden: Ausgründungen von Anstaltsabteilungen, Outsourcing von Dienstleistungen, die auf dem Markt preisgünstiger zu haben waren, Kooperationen mit privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen. In diesem Prozess waren die einen flexibler und schneller als die anderen. Insbesondere das ZDF war Schrittmacher. Die Privaten waren alsbald darüber verärgert, dass die „Beamten“ keine Deppen mehr sein wollten und malten das Gespenst der Wettbewerbsverzerrung an die Wand. Vergeblich! Selbst Brüssel ließ sich auf die Dauer nicht instrumentalisieren, legte allerdings Wert darauf, dass keine Beihilfetatbestände eintraten.

Die Einführung des Privatfernsehens führte zu einer Entspannung der Beziehung zwischen Politik und Medien. Begriffe wie Rotfunk oder Schwarzfunk waren in den 1960er und 1970er Jahren Gang und Gebe, und sie hatte bei einigen Sendern und Sendegefäßen auch eine Berechtigung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die von Elisabeth Noelle-Neumann entwickelte Theorie von der Schweigespirale, die dem Fernsehen von ARD und ZDF eine erhebliche Mitschuld beim Verlust bürgerlicher Regierungsmehrheiten zuwies. Ich habe mich seinerzeit als Planungschef des ZDF, der zugleich für die Medienforschung verantwortlich war, gegen diese These gewandt, wie ich auch heute noch bei der Gewaltdebatte nicht an monokausale Zusammenhänge glaube. Richtig aber ist, dass die Vermehrung von Fernsehprogrammen unterschiedlicher Provenienz zu einer Entautorisierung der Medien im Allgemeinen und des Fernsehens im Besonderen geführt hat. Die Vermehrung der Angebote

führte zu einer Pluralität der Meinungen und Lebensstile. Die Zeit war vorbei, in der man gebannt auf den Erscheinungstermin des *Spiegel* oder auf die neuen Ausgaben von *Panorama* oder *ZDF-Magazin* wartete. Nicht Enthüllungsjournalismus war gefragt, sondern Orientierung in einer komplizierter gewordenen Welt.

Aber jede Medaille hat ihre zwei Seiten. Mit der Entautorisierung der Medien ging auch ein Prozess der Veralltäglichsung einher. Fernsehen verlor den Ereignischarakter; normatives Denken war nicht mehr gefragt, erlaubt war, was gefällt, das heißt, was Auflagen oder Quoten machte. Die Trivialisierung und Verflachung der Inhalte nahmen zu.

Es wäre gewiss falsch, alles über einen Leisten zu scheren. Es gibt sie noch, die Leuchttürme des Programms – und zwar in allen Sparten. Es wäre auch ungerecht, die negative Programmentwicklung allein der Einführung des Privatfernsehens in die Schuhe zu schieben. Der Wind hatte sich gedreht. Die Zeit, in der das Fernsehen sich zu Recht als Kulturmedium verstehen konnte, war zu Ende gegangen. Fernsehen war nun ein Teil der Freizeit-Industrie geworden; mal mit Stil, mal ohne ihn.

Zum Dualen System hat es keine Alternative gegeben. Insofern ist Medienpolitikern wie Bernhard Vogel, Christian Schwarz-Schilling, Kurt Biedenkopf in der CDU, Friedrich Zimmermann in der CSU, Peter Glotz und Wolfgang Clement in der SPD auch im Rückblick für ihren Weitblick zu danken. Sie haben bei allen Licht- und Schattenseiten den richtigen Weg eingeschlagen. Im Vergleich zu anderen Ländern in Europa zeichnet sich Deutschland bis heute durch eine stabile Medienordnung aus, die gesellschaftlich akzeptiert ist. Wir haben allen Anlass, darauf stolz zu sein.

INFRASTRUKTUR – HEMMSCHUH UND TREIBER DES DUALEN SYSTEMS

Wolf-Dieter Ring

In wenigen Tagen tritt der 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RStV) in Kraft. Hinter uns liegt dann eine gut zwei Jahre währende und von allen Seiten äußerst leidenschaftlich geführte medienpolitische Diskussion um die einzelnen Aspekte dieses Staatsvertrages. Ich werde auf diese Diskussion und, was die Medienpolitik daraus lernen sollte, an späterer Stelle zurückkommen. In diesem Zusammenhang erinnerte ich mich neulich an eine innerbayerische Diskussion, die noch im Vorfeld des dualen Systems stattfand und die zeigt, unter welchen Vorzeichen und mit welchen möglichen Konsequenzen damals medienpolitische Debatten geführt wurden, die für uns heute nicht mehr nachvollziehbar sind: Es war im Jahr 1980, ich war bereits Leiter des Medienreferats der Bayerischen Staatskanzlei, als das bayerische Kabinett unter Ministerpräsident Strauß ernsthaft über den Ausstieg des Bayerischen Rundfunks aus der ARD nachdachte. Der Grund war, dass man in der CSU der Meinung war, dass der Kanzlerkandidat Strauß im Programm der ARD zuwenig vorkam. Diese abwegige Idee hat sich schließlich doch nicht durchgesetzt, und es blieb dabei, dass die Zusammenarbeitsgrundsätze der ARD überarbeitet wurden.

Es war damals eine politisch äußerst aufgeladene Zeit, die zwischen 1978 und 1982 geprägt war von der medienpolitischen Auseinandersetzung über Vorentscheidungen, die die Grundlage einer späteren Einführung des privaten Rundfunks darstellen konnten. CDU/CSU sprachen sich in ihren medienpolitischen Grundsätzen „für das Ende der Monokultur der öffentlichen Meinung“ und die „Entautorisierung des Monopolrundfunks“ aus. Neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sollten privat finanzierte Angebote für Wettbewerb und Vielfalt sorgen. Zumindest innerhalb der CSU herrschte nicht die Erwartung vor, dass das Privatfernsehen primär ihre politischen Auffassungen transportieren würde, es ging viel mehr darum, durch eine Vielfalt von neuen Angeboten die starke Wirkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu relativieren. – Die SPD, die Grünen und die Gewerkschaften befürchteten hingegen eine „Industrialisierung des Bewusstseins“. Prognostiziert wurden negative Auswirkungen u.a. auf das Zusammenleben der Familien, auf das Kultur- und Bildungsniveau, auf die kulturelle Identität Europas durch Überfremdung mit amerikanischen Produktionen sowie eine Verflachung und Kommerzialisierung des Programmnieaus.

In meiner damaligen Position habe ich vor allem im Zusammenhang mit den Planungen zum Münchner Kabelpilotprojekt immer wieder erlebt, wie kritisch Teile der Öffentlichkeit der Verkabelungspolitik und den geplanten privaten Programmen gegenüberstanden. Ich erinnere mich noch sehr gut an die bundesweit auftretende „Bürgerinitiative gegen Kabelkommerz“ (BIK), die in München besonders aktiv war. Einige der schlagwortartigen Thesen der BIK lauteten: „Lasst euch nicht verkabeln“, „Kein Kommerz in der Weltstadt mit Herz“ oder „Wollen Sie, dass Ihre Kinder den Fernseher mehr lieben, als die eigenen Eltern?“ Dazu gab es ein Plakat, auf dem sich eine Kabelschlange um eine Familie windet und die Eltern erwürgt. Ich bin überzeugt, dass sich diese kritische Haltung von Teilen der Öffentlichkeit gegenüber neuen Medientechnologien und -angeboten über die zurückliegenden dreißig Jahre bis heute fortgesetzt hat. Wir haben hier in Deutschland in der Vergangenheit immer wieder derartige Diskussionen erlebt, die in unseren Nachbarländern in dieser Form nicht stattgefunden haben. Ich denke dabei prinzipiell an die Diskussionen über die Digitalisierung der Rundfunk-Verbreitungswege, an Themen wie Grundverschlüsselung von Programminhalten, Grundgebühr für den Satellitenempfang oder auch neue Geschäftsmodelle wie Tele-shopping, Call-In-Angebote oder die aktuelle Diskussion über Computerspiele.

Aus meiner Sicht und unter dem Blickwinkel der privaten Anbieter haben in den zurückliegenden dreißig Jahren letztlich drei medienpolitische Diskussionen das duale Rundfunksystem geprägt:

- Der politisch und gesellschaftlich umstrittene Start des privaten Rundfunks, dessen kritischer Impetus sich in gewisser Weise bis heute fortsetzt, auch und gerade in der Politik.
- Der Kampf um analoge Übertragungskapazitäten für private Angebote, der sich trotz Digitalisierung bis heute fortsetzt. In den 1980er und Anfang der 1990er Jahre ging es dabei um terrestrische Frequenzen, später dann mit der Gründung der zweiten und dritten Generation privater TV-Angebote um analoge Kabelplätze. Und vergessen wir den Hörfunk nicht. Hier ging und geht es seit 25 Jahren um eine vernünftige Versorgung mit UKW-Frequenzen, während die öffentlich-rechtlichen Radioprogramme oft doppelt und dreifach versorgt waren und sind. Und im Kabel profitieren die Öffentlich-Rechtlichen bis heute am meisten von den *Must-Carry*-Regelungen.
- Und schließlich erleben wir seit der Wende eine stetige Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit aktuell 22 öffentlich-rechtlichen und bundesweit verbreiteten Fernsehprogrammen und mehr als sechzig Hörfunkangeboten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal zu dem Punkt kommen, den ich „die Enttäuschung der Politik über den privaten Rundfunk“ nennen möchte. Es gab die Erwartung der Politik, dass sich der private Rundfunk stärker mit politischen Themen auseinandersetzt und die Politik damit ein weiteres Feld für Positionierungen hat. Das hat nicht in der erwarteten Form stattgefunden. Auch aus meiner Sicht gibt es hier ein Defizit, das behoben werden muss. Andererseits wäre es für Medienpolitiker aller Parteien, die sich so häufig vor allem als Sachwalter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verstehen, ratsam, sich mit den Leitsätzen des vierten Rundfunk-Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 1986 auseinanderzusetzen, die sich auf den privaten Rundfunk beziehen. Mit seiner Entscheidung über das Niedersächsische Landesrundfunkgesetz konkretisierte der Erste Senat unter Gerichtspräsident Roman Herzog die Anforderungen an die beiden Säulen des dualen Systems: Zum ersten Mal erkennen dabei die Verfassungsrichter das marktwirtschaftliche Prinzip für den bis dahin einzig als „Kulturgut“

verorteten Rundfunk an und schrauben die Anforderungen an die privaten Programmanbieter im Vergleich zum FRAG-Urteil von 1981 deutlich zurück. Die privaten Anbieter seien „ausschließlich auf Einnahmen aus der Wirtschaftswerbung angewiesen“ und stünden folglich „vor der wirtschaftlichen Notwendigkeit, möglichst massenattraktive, unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung der Zuschauer- und Hörerzahlen erfolgreiche Programme zu möglichst niedrigen Kosten zu verbreiten“. Deswegen seien, im Bezug auf die Vielfalt und pluralistische Breite des Programmangebots, an die Privaten auch „nicht die gleich hohen Anforderungen“ zu stellen, wie beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern ein „Minimum an Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt“. Was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angeht, enthält das Urteil Aussagen über dessen Aufgabe der Grundversorgung und die Bestands- und Entwicklungsgarantie.

Aus diesem Urteil lassen sich m.E. auch heute noch Leitsätze für eine Medienpolitik ableiten, die beiden Säulen des dualen Systems gerecht wird. Und damit bin ich bei der Zukunft:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine äußerst wichtige Funktion für unsere Gesellschaft. Deshalb bin ich der Meinung, dass er auch in Zukunft wie die privaten Veranstalter auf allen technischen Übertragungswegen vertreten sein muss. Bestimmte technische Entwicklungen wie HDTV oder Digital Radio sind ohne das Engagement eines starken öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht möglich. Dennoch bedarf es einer klaren Auftragsdefinition für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die weiterhin nur in Ansätzen vorliegt. Und es bedarf des politischen Willens, dann die entsprechende Einhaltung auch einzufordern.

Gerade in Zeiten, in denen der ökonomische Wettbewerb zwischen den beiden Säulen des Systems im Prinzip nicht mehr stattfindet, weil die werbefinanzierten privaten Angebote kaum mehr Chancen haben gegenüber gleichartigen gebührenfinanzierten und werbefreien Angeboten, muss man darüber nachdenken, den privaten Rundfunk in Überlegungen zum gesellschaftlichen Mehrwert von Rundfunkinhalten einzubeziehen. Gesellschaftlich erwünschte Programmformate und -inhalte können auch von privaten Anbietern eingebracht werden, wenn sie dafür Förderung bzw. andere spezielle Anreize erhalten. Gelten sollte das insbesondere auch für lokale Inhalte.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland bietet derzeit 22 Fernsehprogramme an, die bundesweit empfangbar sind, dabei nach Definition im 12. RStV vier Vollprogramme (Das Erste, das Zweite, 3sat und ARTE). Inwieweit der ZDF-Familienkanal vom Sparten- zum Vollprogramm mutiert, wird sich zeigen. Ich halte es für dringend geboten, die Anzahl der Spartenkanäle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ebenso wie die Anzahl der Hörfunkprogramme mit dem jetzt erreichten Stand einzufrieren. Neue Programmangebote sollten grundsätzlich nur durch die Umwidmung bestehender Angebote möglich sein. Diskussionsbedarf besteht auch hinsichtlich der Tatsache, dass das ZDF und die ARD auf YouTube mit eigenen Kanälen vertreten sind. Aus meiner Sicht handelt es sich dabei um zusätzliche Programmangebote.

Nach dem derzeit gültigen nationalen Recht (§ 13 RStV) darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk keine Pay-TV-Angebote anbieten. Nach dem aktuellen Entwurf der Rundfunkmitteilung der EU (Rn 52 – 55) soll dies den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten generell erlaubt sein. Ich halte dies nicht mit den Zielen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vereinbar, der allgemein zugängliche, unabhängige und qualitativ hochwertige Programme bereitstellen soll. Pay-Angebote sind mit dem gesamtgesellschaftlichen Charakter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht vereinbar, da sie nur für den Teil der Bevölkerung zur Verfügung stehen, der imstande ist, für diese Angebote zu bezahlen. Zudem unterliegt ein Pay-Modell der Gefahr, dass die öffentlich-rechtlichen Vollprogramme noch mehr „entkernt“ und die Marktchancen privater Anbieter weiter eingeschränkt werden.

Bei der Diskussion um einen schrittweisen Verzicht auf Sponsoring und Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird ein wichtiger Aspekt immer übersehen, nämlich, dass nur ein Teil der Werbeerlöse dem Programmetat der Anstalten zufließt. Der Rest dient allein dem Unterhalt der Werbetöchter. Wenn man über eine Kompensation des Werbe- und Sponsorverzichts durch eine Erhöhung der Rundfunkgebühr nachdenkt, muss dieses Faktum entsprechend berücksichtigt werden.

Ich habe in den vergangenen Wochen mit großem Interesse die Einlassungen von Gremiovorsitzenden öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten zu den neuen Herausforderungen für die Gremien vor allem im Zusammenhang mit dem Drei-Stufen-Test verfolgt. Hier wird ein durchaus neues Selbstbewusstsein der Gremien sichtbar. Ich sehe darin auch eine

Chance für einen ernsthaften Versuch einer gemeinsamen Aufsicht über die Programmangebote des öffentlich-rechtlichen und des privaten Rundfunks. Und ich freue mich im Übrigen, dass genau dieses in den aktuellen medienpolitischen Thesen der CDU gefordert wird. Ich könnte mir ein Modell vorstellen, in dem die Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie eine Selbstregulierungs-Einrichtung agieren, also beispielsweise wie die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen. Als Dach darüber wäre die Kommission Jugendmedienschutz (KJM) angesiedelt.

Als das duale System vor 25 Jahren begann, wurde die Kabelinfrastruktur aus Steuermitteln geschaffen. Ohne diese Infrastruktur wäre es nie zum dualen System heutiger Ausprägung gekommen, weil es für viele private Anbieter wirtschaftlich nicht möglich gewesen wäre, eine eigene Infrastruktur aufzubauen. Gleiches gilt heute für neue digitale terrestrische Netze. Hier ist die Einstiegshürde für private Anbieter unerträglich hoch. Deshalb brauchen wir eine neutrale technische Infrastruktur, die durch öffentliche Gelder finanziert und von beiden Säulen des dualen Systems genutzt wird.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz etwas zur europäischen Medienpolitik sagen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Europa unsere nationale Medienpolitik heute weit mehr bestimmt, als das vor 25 Jahren der Fall war. Und es gab in dem zurückliegenden Vierteljahrhundert zahlreiche Beispiele, wo ich dieses Faktum bedauert und kritisiert habe. Andererseits muss man aber klar sehen, dass es zu den Vorgaben für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag nicht gekommen wäre, wenn die EU-Kommission dies nicht zur Bedingung gemacht hätte, um das Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der Rundfunkgebühr einzustellen. Diese europäischen Vorgaben waren entscheidend, um die Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunk wenigstens ansatzweise zu stoppen. Ich fürchte, eine Eigeninitiative der deutschen Medienpolitik in diese Richtung hätte es nicht gegeben.

PODIUMSDISKUSSION

MIT JÜRGEN WILKE | DIETER STOLTE | WOLF-DIETER RING
JÜRGEN DOETZ | BERNHARD VOGEL | ANDREAS KRAUTSCHEID

MODERATION: CLAUDIUS DETJEN

Claus Detjen:

Ich würde gerne die Diskussion in vier Segmente gliedern, in einen Rückblick, der durchaus nicht nostalgischen Charakter haben darf. Dies möchte ich verbinden mit der Frage nach den erfüllten und den unerfüllten Erwartungen, die ja schon von Herrn Professor Wilke und von Herrn Professor Stolte angesprochen worden sind, die aber durchaus noch einiger Vertiefung bedürfen.

Ich möchte auch gerne einbeziehen den wichtigen Bereich der Telekommunikationssysteme, der bisher noch nicht im Einzelnen angesprochen wurde, der aber damals eine Schlüsselfunktion hatte und für dessen Deregulierung der damalige Postminister Christian Schwarz-Schilling entscheidende Impulse gegeben hat – in beide Richtungen, sowohl für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und in die Schaffung ganz neuer Industrien, wie auch für die Bereitstellung der technischen Möglichkeiten, die erst das ermöglicht haben, was an programmlichen und auch an weiteren wirtschaftlichen Entwicklungen um die Programme herum möglich geworden ist.

Es muss auch die Frage gestellt werden nach den Regulierungsinstrumenten und nach deren Fähigkeiten, politische Aufgaben noch heute zu erfüllen oder nicht zu erfüllen.

Die Medienpolitik war damals ein Einflusswerkzeug der Parteien in Pro und Contra um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das Stichwort Entautorisierung des Fernsehens ist gefallen. Ein politisches Ziel war damals die Entautorisierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Man muss sich heute fragen: ist damit nicht auch durch die Programmausweitung und die mediale Entwicklung eine Entautorisierung der Parteien verbunden gewesen?

Und schließlich wäre dann auch noch die Frage zu bilanzieren, ob nicht der größte Gewinner der gesamten Entwicklung der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist. Wir müssen uns daran erinnern, dass 1984 noch darüber diskutiert wurde, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk überhaupt noch gebraucht wird und die Privatisierung des ZDF nicht geboten wäre.

Die Regulierungskompetenzen der Länder sind heute überlagert von Bestrebungen, im Bund mehr Regulierung einzuführen und durch die Regulierungsansprüche oder Deregulierungsansprüche der Europäischen Union – auch das ist zu diskutieren.

Und schließlich wäre im Ausblick doch die Frage zu stellen, welche ordnungspolitischen Möglichkeiten bieten sich heute und welche ordnungspolitischen Felder sind angesagt, auf welchen Feldern sind ordnungspolitische Entscheidungen erforderlich? Dazu gehört sicher das Finanzierungsmodell für den privaten und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Und schließlich gehört dazu auch alles, was mit dem Stichwort Kartellrecht zusammenhängt, sowohl im Rundfunkbereich wie auch im Bereich der Printmedien.

Fangen wir mit dem Rückblick an: Erwartungen waren in hohem Maße vorhanden. Trifft eigentlich zu, Herr Ministerpräsident, was Karl Valentin, als zwar nicht für die Medienpolitik ausgewiesener, aber als realistisch im Leben stehender Mann gesagt hat: „Die Zukunft war früher auch besser“?

Bernhard Vogel:

Also, lieber Herr Detjen, die dahinterstehende Philosophie ist nicht die meine. Es ist anders. Es hat sich manches anders entwickelt, als damals gedacht worden war. Das ist allerdings das gute Recht der Entwicklung.

Zunächst muss ich einmal ausdrücklich Herrn Wilke und Herrn Stolte danken, weil Sie so präzise viele Tatbestände geschildert und Gründe genannt haben, die uns damals bewogen haben oder die andere bewogen haben zu versuchen, das aufzuhalten. Es ist in der Tat nicht alles, was wir erwartet haben, eingetreten. In Sonderheit, Herr Stolte hat das vor Ihnen vor allem erwähnt, ist nicht generell eine Konkurrenz um das bessere Fernsehen entstanden. Die These vom Rot- und Schwarzfunk habe ich nie geteilt, der habe ich immer widersprochen, das ist aber auch nicht eingetreten. Es ist ein breiteres Angebot erreicht worden mit allem, was damit zusammenhängt. Aber es ist im Rückblick nicht zu einer Konkurrenz, einer wirklich ernsthaften Konkurrenz um das bessere Fernsehen geworden. Das kann man, wenn man das für möglich gehalten hat, bedauern. Und das ist eine Frage weniger an die Erwartungen von 1984 sondern eine Frage, was tut heute Not?

Über diese 25 Jahre war ja immer einer der beiden Bereiche, Öffentlich-Rechtlich oder Privat, auf der schwächeren Seite und der andere auf der stärkeren. Sie haben es gerade eben angedeutet Herr Detjen, es gab Zeiten, da musste man auch von Seiten des Staates dem Öffentlich-Rechtlichen Unterstützung zukommen lassen. Es gab Zeiten, in einer solchen sind wir jetzt gegenwärtig, wo man eher darauf achten muss, dass das Gleichgewicht zum privaten Rundfunk erhalten bleibt, weil einiges im privaten Bereich geschwächt hat und gegenwärtig schwächt und deswegen muss man natürlich, wenn man 25 Jahre erinnert, auch in die Zukunft hineinfragen, wie soll das denn aussehen in 25 Jahren?

Also noch einmal, der Karl Valentin ist äußerst geistreich, aber die leicht misanthropische Brise seiner Äußerung teile ich nicht.

Claus Detjen:

Die gleiche Frage geht natürlich auch an Herrn Doetz. Herr Professor Stolte hat in seinem Vortrag eine Bilanz gezogen, die sowohl die positiven wie die negativen Seiten genannt hat. Aber es waren auch einige Aspekte darin, die sicher, so nehme ich an, Jürgen Doetz als den Präsidenten des Bundesverbandes Privater Rundfunk und Telemedien zu anderen Ansichten führen.

Jürgen Doetz:

Hier ist nicht der Ort, um mich mit Herrn Professor Stolte auf die Streitkultur Deutscher Medientage zu begeben. Er hat seine verdienstvolle Funktion äußerst erfolgreich wahrgenommen, da war es für uns verdammt schwer. Es gäbe schöne Episoden auszutauschen, z.B. war es nicht ganz einfach, als kleiner Nachbar in Mainz ein Grundstück in der Nähe von Herr Professor Stolte zu bekommen. Als wir es dann hatten, grüßte er ein Jahr lang nicht mehr den Oberbürgermeister der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. Das zeigt schon, es kann Spaß machen, über die Vergangenheit zu reden, aber für mich ist entscheidend bei diesem Rückblick oder Geburtstag, dass es mittlerweile so selbstverständlich ist, dass es ein duales System gibt, dass es diese Vielfalt gibt, dass alle, die viel jünger oder etwas jünger sind als wir, völlig unverständlich reagieren und sagen, was feilscht ihr da, das haben wir doch schon ewig.

Also von daher kann man immer wieder darauf aufmerksam machen, dass das, was damals erfolgt ist, vergleichbar ist mit der Veränderung, vor der wir jetzt wieder stehen. Auch aus der Digitalisierung ergibt sich die Chance, dass das Ergebnis einmal genauso selbstverständlich sein wird wie das, was wir 25 Jahre nach der Einführung vom privaten Hörfunk und Fernsehen, und bitte denken Sie immer auch an den Hörfunk, haben. Und hätte damals jemand gesagt, dass es einmal 500 Fernsehangebote aus deutscher Herkunft geben wird, dass es über 300 private Hörfunkangebote geben wird, wäre der einfach ausgelacht worden. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der diese Vielfalt, und da möchte ich schon sagen, auch Vielfalt ist ein Qualitätskriterium, genutzt wird, ist sehr erfreulich. Jeder kann jetzt die Krone der Qualität, wie immer sie auch definiert werden wird, erreichen. Ich bin sehr stolz darauf, dass Qualitätspreise, wie zum Beispiel „Bester Fernsehfilm“, in diesem Jahr

u.a. an SAT1 gingen und nicht an öffentlich-rechtliche Kollegen und wir mit Produktionen wie „Wir sind das Volk“ Erfolg haben. Das passt so wahrscheinlich einigen Kritikern nicht in ihr gängiges Bild, aber das gehört eben auch zu dieser Entwicklung.

Das heißt kurzum, wir haben eine Vielfalt von Angeboten, unter denen jeder in Deutschland das findet, was er sehen möchte. Ob der das, was er will, öfter finden muss, ist nicht die Frage. Er findet! Und da ist die ganze Spartenentwicklung natürlich eine spannende Entwicklung. Und die Entwicklung bleibt nicht stehen – die Digitalisierung schafft völlig neue Rahmenbedingungen. Darum gehöre ich zu denen, die immer etwas zu kämpfen haben – und zwar mit dem Blick in die Zukunft. Natürlich ist es schön, mit dem Urknall vor 25 Jahren in Verbindung gebracht zu werden, aber wichtiger ist es jetzt, nach Vorne zu gucken und die selbstverständliche Akzeptanz dieses Systems von heute in die digitale Welt zu führen.

Ich finde, bis jetzt haben das alle Beteiligten, die öffentlich-rechtlichen Kollegen und die Privaten ganz gut geschafft. Selbst die einzelnen medienpolitischen Eruptionen über private Programme, die die einzelnen Politiker z.T. noch gar nicht gesehen haben, können über diesen Erfolg nicht hinwegtäuschen. Manchmal wird in voreiligem Populismus drauf geschlagen, bis zur Verbotsdiskussion, aber alles Rituale. Das haben wir alle zwei Jahre wieder und dann kommt die nächste Sau, die durch das Dorf getrieben wird. Also, das ist jetzt keine altersbetonte Gelassenheit, sondern so funktioniert auch Medienpolitik.

Mir macht es einfach Spaß zu sehen, dass wir – von einigen Problemen abgesehen – ein tolles duales Rundfunksystem haben. Die Selbstverständlichkeit, mit der das System akzeptiert wird, das hätte 1984 wahrscheinlich niemand vorausgesagt. So ist der große Erfolg von 1984 eigentlich die Selbstverständlichkeit 25 Jahre später.

Bernhard Vogel:

Erinnert sei auch an die Störsender, die damals im SPD-geführten Hessen diskutiert wurden.

Jürgen Doetz:

... und die Satellitenschüssel, die die Landesregierung wieder abgebaut hat.

Claus Detjen:

Ja, dann können wir eigentlich gleich daran anknüpfen. Heute haben wir ja auch noch Aufgaben, wo es symbolisch wieder um die Frage von Störsendern geht. Man muss daran erinnern, 1984 hat es weder ein Internet gegeben, noch hat es Handys gegeben. Postminister Schwarz-Schilling hatte damals noch ein fernmeldetechnisches Zentralamt, in dem die Hälfte der Beschäftigten daran arbeitete, Neuerungen einzuführen und die andere Hälfte der Beschäftigten hat daran gearbeitet zu beweisen, dass diese Neuerungen gar nicht funktionieren können.

Es hat keine Laptops gegeben, keine iPods, keine SMS. Wie hat Politik eigentlich ohne SMS funktionieren können? Kann man sich Helmut Kohl vorstellen, damals als Parteivorsitzender und Bundeskanzler, mit dem Handy unter dem Tisch und SMS versenden? Unvorstellbar!

Herr Krautscheid, wie geht das eigentlich heute ohne diese technischen Hilfsmittel? Und zweitens, noch mal zu den Stichwörtern Störsender und Deregulierung. Ist das Internet ein Bereich, der weiterer Regulierung oder gar der Störsender, sprich Sperrmechanismen, bedarf? Oder ist das Internet ein Bereich, den man einfach laufen lassen muss?

Andreas Krautscheid:

Erster Punkt: Alle diese neuen Entwicklungen gibt es und trotzdem gibt es auch noch das Fernsehen. Ich bin ziemlich sicher, dass es das auch noch ziemlich lange in der herkömmlichen Form geben wird. Wenn man mit Werbeleuten oder anderen die Frage erörtert, wie wohl Fernsehen in Zukunft aussieht, ist klar, dass wir Fernsehen als Leitmedium, so wie wir es kennen, noch lange haben werden. Ich finde, da können die, die damals mitgewirkt haben – und eine Reihe von denen sind heute hier – auch ziemlich stolz drauf sein, was sie da aufgebaut haben.

Und: Es funktioniert. Das ist für uns selbstverständlich. Ich glaube, dass die Konsumenten in Deutschland kein richtiges Gefühl dafür haben. Erst wenn man ins Ausland fährt, wird es einem gelegentlich mal vorgeführt.

Die Qualität unseres dualen Systems ist im internationalen Vergleich sehr gut. Ein solches System aufgebaut und auch so aufgestellt zu haben, dass es eine Zukunft hat, ist eine bemerkenswerte Leistung. Da kann man sehr stolz und sehr zufrieden sein.

Der zweite Punkt: Ja, es gibt neue technische Möglichkeiten, wir sind noch über BTX hinausgekommen! Aber auch hier ist die Frage, was bedeutet das für Konsumgewohnheiten? Was ist mit den Themen Linearität, Abrufbarkeit und ständige Verfügbarkeit von bestimmten Teilelementen des Programms? Was bedeutet es für Inhalte, wenn neue Visualisierungsmöglichkeiten da sind?

Fernsehmacher beschäftigen sich sehr intensiv mit der Frage, welche zusätzlichen Plattformen sie nutzen können. Aber interessanter Weise geht, im Moment jedenfalls, keiner davon aus, dass er die klassische Plattform völlig vergessen darf.

Zur Frage der Regulierung haben wir ja gerade wieder eine sehr aktuelle Diskussion, welche Rahmenbedingungen Politik setzen müsste oder auch nicht setzen müsste. Ich teile die Einschätzung von Herrn Doetz, dass das auch ein bisschen Mode ist. Im Moment haben wir Diskussionen über Sperrungen von Internetseiten und über die Frage, ob man Sendungen, die man noch gar nicht gesehen hat, verbieten müsste.

Ich glaube, dass dies alles ein bisschen überaufgeregt ist. Das ist vielleicht auch der Tatsache geschuldet, dass wir in diesem Jahr ein paar wichtige Wahlen haben. Es ist klar, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Das ist, glaube ich, sehr wichtig. Die Regeln, die für andere Bereiche gelten, müssen auch im World Wide Web gelten. Aber der Politik fällt es offensichtlich noch sehr schwer, sich in diesen Welten auf Denk- und Konsumgewohnheiten der User einzustellen. Dies zeigt sich auch an dem Phänomen, dass bei der Stoppschilddebatte im Bereich Kinderpornografie innerhalb von wenigen Stunden eine Riesendiskussion im Internet stattfindet. 50.000 Leute haben eine Petition an den Bundestag unterschrieben. Diese Leute fühlen sich von den klassisch denkenden Medienpolitikern völlig unverstanden. Da prallen mittlerweile Kulturen aufeinander, die offensichtlich den Kontakt zueinander verloren haben. Anders kann man die Diskussion in der Internet-Community teilweise auch nicht mehr verstehen. Ich glaube, wir müssen denen auch erklären, dass sie sich nicht soweit verselbständigen können. Das freie Internet ist eine wunderbare und tolle Errungenschaft. Es führt eben dazu, dass in

China auf Seiten des Staates 40.000 Leute gebraucht werden, um jeden Tag missliebige Artikel zu entfernen. Das zeigt die Kraft dieses Mediums, aber ein rechtsfreier Raum kann und darf es nicht sein.

Jürgen Doetz:

Ich glaube, auch diese aktuelle Diskussion um Qualität bestätigt die These, die von Norbert Schneider kommt, dass heute der Kampf um die Aufmerksamkeit härter entbrannt ist, als je zuvor. Und das ist natürlich irgendwie auch der Preis der Vielfalt. Herr Prof. Stolte, ich bin jahrelang ein Zitierer Ihres Satzes gewesen „öffentlich-rechtlich und private spielen in zwei unterschiedlichen Ligen“ und gemeint war damit letztendlich die Quotenorientierung. Irgendwann habe ich aufgehört, Ihren Satz zu zitieren, weil auch mir darin niemand gefolgt ist, vor allem nicht die öffentlich-rechtlichen Kollegen. Vielleicht müssen wir uns von diesen Unterscheidungsmerkmalen dann wirklich verabschieden und akzeptieren, dass es diese Aufmerksamkeit ist, um die es geht. Dann müssen wir die Frage stellen, ob im dualen System verschiedene Aufmerksamkeiten zu erreichen sind. Aufmerksamkeit durch einen irgendwie definierten Qualitätsbegriff, Aufmerksamkeit durch eine Orientierung am Zeitgeist, Aufmerksamkeit durch besondere Produktionsarten und, und, und. Ich glaube, es wäre ein ehrlicher roter Faden, wenn wir dies akzeptieren.

Claus Detjen:

Arnulf Baring hat in den 1970er Jahren schon gesagt, der Kampf um Aufmerksamkeit wird eine der heftigsten sein, der in der Politik und in den Medien stattfinden wird. Herr Professor Stolte, Helmut Thoma hat es in eine andere Definition gebracht, Sie haben ihn ja auch zitiert. Er hat gesagt, die Einschaltquoten sind der einzige Maßstab, an dem die privaten, aber letztlich auch die öffentlich-rechtlichen Sender zu messen sind. Gilt das?

Dieter Stolte:

Der Fernsehmarkt als ein einheitlicher Markt der Wettbewerber kann sich nicht aufteilen in die einen, die gezählt und die anderen, die nicht gezählt werden. Es gibt nur einen Markt. Auf diesem Markt tummeln sich alle: öffentlich- wie privat-rechtlich Organisierte mit unterschiedlichen Voraus-

setzungen, unterschiedlichen Pflichten. Das von Ihnen zitierte Beispiel unterschiedlicher Ligen sollte ja deutlich machen, dass ZDF und ARD andere Pflichten haben als die Privaten und dass es nicht zielführend ist, die einen gegen die anderen auszuspielen.

Wer durch Gebühren finanziert wird, genießt ein Privileg. Dieses Privileg muss er tagtäglich und Jahr für Jahr einlösen, aber wer privat-rechtlich organisiert ist, der muss das eingesetzte Kapital auch wieder verdienen können. Wenn er das nicht tut, geht er Pleite. Dabei lasse ich ein gewisses hasardeurhaftes Verhalten mal beiseite, aber grundsätzlich gilt die Notwendigkeit, aufgenommene Kredite zu refinanzieren. Als das Privatfernsehen entstand, war das die Zeit des großen und nicht des kleinen Geldes. Nicht regionale mittelständische Zeitungsverleger sollten hier einsteigen, sondern das mussten große Unternehmen mit konzernähnlichen Strukturen tun und auch selbst die konnten nicht alles Geld aus der Portokasse nehmen. Das Geld wurde entweder auf anderen Märkten verdient oder musste in dreistelliger Millionenhöhe als Kredit aufgenommen werden. Und das schaffte unterschiedliche Voraussetzungen. Dennoch, auf dem Bildschirm gibt es diese Unterscheidung dann nicht mehr.

Wenn wir über 25 Jahre Privatfernsehen sprechen, reden wir über 25 Jahre minus sieben Jahre, an denen ich beteiligt war. Es ist ja nicht so, als ob ich jemand gewesen wäre, der außen vor war, sondern ich war an den Erfolgen ebenso beteiligt wie an den Misserfolgen, also an den Dingen, die richtig gemacht wurden und an den Entscheidungen, die falsch waren.

Dass ich mir einbilde, vieles richtig gemacht zu haben, gilt für jeden, der in der Öffentlichkeit handelt. Und zu diesem Handeln gehört auch, dass man im Fernsehen ein Angebot machen muss, das mehrheitsfähig ist. Man kann nicht sagen, wir werden durch Gebühren finanziert und deswegen beschränken wir uns auf die Nischenprogramme, also dort, wo das Feine und Edle produziert, gesendet, angeboten und dann wohl eher nicht genutzt wird, sondern es geht natürlich auch darum, große Publika zu erreichen, also mehrheitsfähig zu bleiben. Das ist nicht zuletzt wegen der Gebührennatur notwendig. Das hat zum Beispiel die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dazu veranlasst, einen nachhaltigen Wettbewerb um Sportrechte zu führen.

Natürlich haben wir gesagt, wir müssen Fußball übertragen, wir müssen Olympia senden. Wir werden ja sehen, wie es weitergeht, wenn wie angekündigt, es 2016 nicht mehr selbstverständlich ist, dass die Angebote der Olympischen Spiele bei ARD und ZDF im Free-TV zu sehen sind.

Jedenfalls hat die Europäische Rundfunkunion (EBU) diese Rechte nicht mehr erwerben können, und ob sie damit an andere private Veranstalter gehen, beispielsweise an PAY-TV Veranstalter ist nicht auszuschließen. Auf jeden Fall wird es zu einem Splitting der Übertragungsrechte kommen, das die Wettbewerbsposition von ARD und ZDF nachhaltig beeinträchtigen wird.

Natürlich müssen sich alle, die auf einem Markt tätig sind, um entsprechende Akzeptanz, auch um größere Mehrheiten kümmern und können sich daraus nicht selbst verabschieden. Das wäre für jeden Veranstalter das Ende.

Claus Detjen:

Das Stichwort rechtsfreier Raum ist von Herrn Minister Krautscheid schon genannt worden. Herr Ministerpräsident Vogel hat damals immer gesagt, wenn wir selbst nicht eine Ordnung schaffen, dann kommt anderes über uns. Sie wollten nie die öffentlich-rechtlichen Anstalten abschaffen, aber Sie wollten Freiräume schaffen.

Bernhard Vogel:

Ich wollte in der Tat die öffentlich-rechtlichen Sender nicht abschaffen, ich war auch immer gegen die Diskussion „Privatisierung des ZDF“. Öffentlich-Rechtliches braucht auch in sich Konkurrenz. Die beiden Partner sind notwendig.

Herr Stolte, ich will doch sagen, Sie haben in der Tat vieles richtig gemacht. Übrigens auch die Pluralbildung von Publikum eben, indem Sie gesagt haben große Publika müssten erreicht werden.

Ich würde nur da doch ein bisschen ergänzend differenzieren. Es ist nicht erlaubt, finde ich, dass das Öffentlich-Rechtliche bei allem und jedem die Frage der Einschaltquote zum Entscheidungskriterium macht. Wenn die immer noch nicht bindend definierte Grundversorgung tatsächlich das

Spezifikum der Öffentlich-Rechtlichen ist, dann erwachsen daraus auch Verpflichtungen gegenüber Minderheiten in der Bevölkerung. Diese Verpflichtung hat den finanziellen Hintergrund, dass eben eine Grundabsicherung der Öffentlich-Rechtlichen von der ersten Sendeminute an gegeben ist, während sie beim Privaten bis zur letzten Sendeminute erst durch Einschaltquote erreicht werden kann.

Und das heißt für mich, dass ich nichts dagegen habe, wenn in vielen Bereichen um Einschaltquoten gestritten wird, zumal sie ja gesagt haben, es wird nur einmal gezählt, selbst wenn ich da anderer Meinung bin, dies wird immer gegeneinander stehen. Aber ich bestehe schon darauf, dass das Öffentlich-Rechtliche auch Programmbeiträge zu leisten hat, die eine Minderheit im Bereich der Grundversorgung erreicht und die sich nicht im Wettbewerb mit den Privaten zu bewähren hat, sondern durch die besondere Finanzierungsstruktur gedeckt ist. Da habe ich eben ein bisschen Bedenken, ob das das Öffentlich-Rechtliche in allen Bereichen über die ganzen Jahre wirklich genügend beachtet hat. Ich glaube nein. Auch was den Zeitpunkt von bestimmten Sendungen betrifft, wird diese Ausgeglichenheit nicht immer ernsthaft beachtet.

Dieter Stolte:

Herr Vogel, die Feststellung fällt Ihnen als langjähriger Verwaltungsratsvorsitzender leichter als mir als langjähriger Intendant.

Bernhard Vogel:

Ja, ich bin dafür, dass die Vorsitzenden der beiden Gremien sich gegenseitig unterstützen und sich gegenseitig kontrollieren.

Claus Detjen:

Ich knüpfe daran weiter an. Was Sie gesagt haben, Herr Professor Vogel, ist eigentlich eine ziemlich heftige Kritik, auch wenn es nicht ganz so deutlich formuliert war, sondern in der Ihnen eigenen eleganten Art, an der Funktionsfähigkeit und an der Fähigkeit der Gremien von öffentlich-rechtlichen Anstalten, ihren Auftrag, ihre Aufgabe wahrzunehmen. Muss an den Gremien etwas geändert werden, damit dieser Auftrag erfüllt werden kann?

Bernhard Vogel:

Also, wenn Sie schon etwas ändern wollen, dann würde ich in der gegenwärtigen Diskussion an der Art und Weise wie die Gremien von ihren Rechten Gebrauch machen Kritik üben, weniger an ihren Zuständigkeiten. Man achte in jeder Funktion darauf, die Zahncreme aus der Tube nicht zunächst herauszudrücken und sich dann darüber zu beschweren, dass man die Zahncreme nicht mehr in die Tube zurückbekommt. Das ist aber eine Frage des Umgangs mit den jeweiligen gegebenen Rechten und Pflichten.

Ich kann natürlich jetzt Ihren Ball aufnehmen und über die Frage des Anteils der Politik in den Gremien diskutieren, ich bin auch gerne bereit dazu, aber zunächst meine ich, die gegenwärtige Kritik sollte ansetzen an der Wahrnehmung der gegebenen Zuständigkeiten und nicht an der Änderung der Zuständigkeiten.

Claus Detjen:

Herr Minister Krautscheid, Sie hatten eben durch äußere Zeichen kräftig zugestimmt, aber was können und müssen die Gremien dann tun, um im Rahmen ihrer schon gegebenen Zuständigkeiten die Funktion besser auszufüllen?

Andreas Krautscheid:

Ja, dazu sage ich als Gremienmitglied beim ZDF gleich gerne mehr. Zunächst möchte ich eine andere Bemerkung davor machen, weil ich Bernhard Vogel ausdrücklich unterstützen möchte.

Es gibt diesen schönen Spruch von Woody Allen, der gesagt hat, dass sich die einzelnen Fernsehsender am zuverlässigsten durch den Wetterbericht unterscheiden lassen. Ich glaube schon, dass wir in dem Ringen um Aufmerksamkeit, denn das ist die Währung, schon eine zu starke Angleichung der Mittel, mit denen man um diese Aufmerksamkeit ringt, beobachten müssen. Eine Qualitätsdiskussion nach Reich-Ranicki, die wir ja nicht wirklich geführt haben, bekommen wir in Deutschland leider so nicht hin. Viele denken, alle Programme kommen aus dem gleichen Fernsehgerät, und machen dann oft den Fehler, die gleichen Kriterien anzuwenden.

Die Frage ist, welche Qualität erwarte ich von wem und wie messe ich Qualität? Der Unterschied ist, dass die einen einen *Auftrag* und die anderen ein *Geschäftsmodell* haben. Ich glaube, dass man sich da gelegentlich selber noch mal erinnern muss, wer mit welchen Qualitätskriterien zu welchem Ergebnis kommen muss. Natürlich ist auch im privaten Bereich eine hohe Professionalität vorhanden. Die ganzen Mechanismen, um Zuschauer zu binden, die Sie, Herr Professor Stolte, leicht kritisierend eben für die Privaten beschrieben haben, finden wir alle heute 1:1 auch bei den Öffentlich-Rechtlichen. Ich finde es manchmal befremdlich, wenn Anne Will kurz vor Toresschluss schon mal in die Tagesschau fragt, was denn gleich Spannendes kommt. Also das sind Mechanismen, die manchmal auch mich eher befremden als binden.

Zu den Gremien: Ich glaube, dass das wieder eine spannende Diskussion geworden ist. Die war mal ein bisschen eingeschlafen in den letzten Jahren. Herr Doetz und seine Kollegen vom VPRT befeuern sie natürlich regelmäßig, das ist auch okay so. Wir haben im letzten Jahr ja noch mal ein kurzes Aufflackern alter ideologischer Schlachten bei den Themen Öffentlich-Rechtliche im Internet, 3-Stufen-Tests, und Vereinbarungen mit der Europäischen Kommission bekommen.

Für mich ist das eine spannende Frage, weil die Rolle von Gremien noch mal neu und schärfer definiert werden muss und zwar sowohl die Frage des Selbstverständnisses dieser Gremien als auch ihr internes Verhältnis zum Sender. Ich kann das jetzt nur für zwei Gremien sagen, die ich etwas mehr beobachte: Das ist einmal das ZDF, in dem ich selbst Gremienmitglied bin, und das andere ist der Rundfunkrat des WDR. Ich finde, dass der schmale Grad zwischen einer durchaus gewollten inneren Sympathie zu dem zu beaufsichtigenden Sender, also eine gewisse Nähe, die ja legitim ist und der Abgrenzung zur Aufsichtspflicht in den letzten Jahren doch ein wenig verwischt worden ist. Ich empfinde es nicht so, dass die Gremien das Selbstbewusstsein und die Intensität ihrer Arbeit so an den Tag legen, wie man es vielleicht von außen erwarten darf.

Der 3-Stufen-Test ist so ein Beispiel. Ich erinnere mich an dieses Erstaussehen, als das Thema „Chinesische Mauer“ kam. Wenn man es richtig machen will, dann muss man sich dafür Zeit nehmen und dann kann man nicht alle Vorlagen aus der Intendanz gebrauchen. Es ist so. Nach allem, was ich in Brüssel in den letzten zwei Jahren erlebt habe, rate ich den Gremien dringend, diese Aufgabe sehr ernst zu nehmen. Das ist der

Lackmustest für die Funktionsfähigkeit dieser Gremien. Es wird sich zeigen, ob wir das hinkriegen oder nicht.

Sie haben gestern schon aus Brüssel die ersten Kommentare zu der Frage gehört, ob beim 3-Stufen-Test des NDR die Kriterien richtig oder falsch angelegt worden sind. Gleichzeitig stöhnen die ersten Justiziere, welchen Aufwand das Ganze verursacht. Ja, es ist viel Arbeit. Aber trotzdem, es ist eine entscheidende Frage. Wenn sich die gebührenfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen in ein anderes Medium wie das Internet begeben, muss man definieren, was zum Auftrag gehört und dann muss man Kriterien entwickeln, wie man das untersucht. Nichts anderes ist passiert. Das wird sich einschleifen. Ich spüre im Moment eine gewisse Larmoyanz oder ein gewisses Selbstmitleid, was man sich da für eine Arbeit aufgehalst hat. Zudem sei das Verständnis in Brüssel für unser System nicht groß. Ja, sie haben große Mühe damit, unser duales System zu verstehen. Die zuständige Kommissarin hat mir gesagt, es sei für sie unklar und wenig nachvollziehbar. Wir könnten entweder Staatsfernsehen oder Privatfernsehen machen, aber als Staat das Geld via GEZ einkassieren und dann die Sender machen lassen, sähe ganz komisch aus.

Wenn man, wie ich und wie viele von uns, nach 25 Jahren wie selbstverständlich von diesem System überzeugt ist und es stark halten will, dann muss man aber dieses System auch Schritt für Schritt auf dem neuesten Stand halten. Der 3-Stufen-Test ist mühsam, aber er ist für mich ein Indiz dafür, ob Gremien in den nächsten Jahren ihre Aufgabe bewältigen können oder ob wir eventuell zu anderen Aufsichtsgremien kommen müssen. Stichworte wären hier Professionalisierung und BBC-Modell. Dann steht aber das Thema „gesellschaftliche Repräsentanz in den Gremien“, worüber man auch diskutieren kann und muss, zur Disposition. Dann haben wir Aufsichtsprofis, die sicherlich mit scharfen Blick richtige Entscheidungen treffen können, aber das, was mal ganz am Anfang gewollt war, nämlich die Abbildung einer gewissen gesellschaftlichen Breite in den Gremien, das können wir dann vergessen. Wenn man das will, muss man es aber sagen und die Diskussion schleicht im Moment ein bisschen.

Claus Detjen:

Jürgen Doetz, der 3-Stufen-Test ist vom VPRT auf der einen Seite begrüßt worden, aber auf der anderen Seite stellt sich doch immer wieder die Frage, kann er denn überhaupt so, wie er angelegt ist, funktionieren?

Jürgen Doetz:

Die Frage kann man noch nicht abschließend beantworten, nachdem dies ein Kompromiss ist, der zu leben beginnen muss und dann erst beweist, ob er richtungs- oder zielführend ist. Nur wenn man das mit den Gremien, mit der Gremiendiskussion verbindet, sage ich mal positiv formuliert, ist es die große Chance der Gremien, ihre Unabhängigkeit und Verantwortung zu dokumentieren. Also das gängige Bild zu verwischen oder wegzuwischen, Gremien seien letztendlich die Vollzugsorgane der jeweiligen Intendanten, dann winkt man noch etwas mit der Intendantenverfassung und dann war es das.

Da spüre ich bei Gremienmitgliedern schon so ein gewisses Interesse, dieses Rollenspiel zu ändern – und zwar quer durch die Anstalten.

Ich glaube, da stehen wir vor einer Entwicklung, einer Neufindung dieser Gremien, die sehr spannend sein kann. Natürlich wird dann auch die Frage gestellt, was mit den privaten Aufsichtsgremien und deren Legitimation ist, die ja nicht mehr vornehmlich in der Lizenzerteilung liegt sondern in dem Stück gesellschaftlicher Verantwortung, die auch dem privaten Rundfunk zugeordnet wird. Wenn man allerdings ehrlich ist, muss man zur Kenntnis nehmen, dass dieser Satz nicht in Stein gemeißelt ist, sondern dass wir vor der Entwicklung stehen, wo sich private Unternehmen, die in den verschiedenen Distributionswegen unterwegs sind, fragen müssen, ob der Preis der Regulierung nicht zu hoch ist, wenn gleichzeitig unsere Geschäftsmodelle gefährdet sind. Und was bedeutet eigentlich genau gesellschaftliche Verantwortung für einen privaten, ich sage es mal krass, Anbieter von Dienstleistung, der sich alleine aus einem hart umkämpften Wettbewerbsmarkt refinanzieren muss?

Das ist auch eine notwendige und spannende Diskussion – und da ist dieses 25-Jahre-Datum ein guter Anlass zu fragen, was war gemeint mit gesellschaftlicher Verantwortung? Wie ändert sich das aufgrund von

technologischen Entwicklungen? Wie ändert sich das aufgrund der Veränderung bei den Wettbewerbern, auch und insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen Wettbewerbern? Auf das Ergebnis dieses 3-Stufen-Tests können wir dann stolz sein als diejenigen, die die Klage eingereicht haben, wenn er zu dieser neuen Verantwortung der Gremien führt, die letztendlich gesellschaftliche Kontrolle bedeutet.

So, wie man auch auf 1984 stolz sein kann, wenn man sieht, was daraus gewachsen ist. Von daher sind wir da durchaus in vergleichbarer Situation, jetzt nicht nur wegen des 3-Stufen-Tests, sondern aufgrund der Verantwortungsethik, die es in diesem Bereich jetzt neu zu definieren gilt. Da stellt sich natürlich auch wieder die seit 25 Jahren diskutierte Qualitätsfrage. Wenn ich da die bürgerlichen engen Vorstellungen von Kultur, von Qualität anlege, dann fällt ein großer Teil des privaten Rundfunks gleich mal unten raus. Ich mach mich dafür stark, dass Kultur und Qualität sehr breite Bereiche umfassen und dass es z.B. auch eine Jugendkultur gibt, die vielleicht auf den Feuilletonseiten von Herrn Schirrmacher noch keinen Platz gefunden hat, aber die Millionen Menschen prägt. Oder krass gesagt: Auch MTV ist ein Kulturträger!

Wenn man sich nicht ernsthaft mit solchen Problemen auseinandersetzt, dann kann man keinen zeitgemäßen Beitrag für diese Diskussion leisten, dann erstarrt man in einem System. Ich glaube, das Spannendste der letzten 25 Jahre war das, was sich immer weiterentwickelt hat, und wir stehen an einem Punkt, wo sich nochmals dramatische Veränderungen ankündigen. Wer über Qualität, über Kultur, über Kontrolle, über Gremien, statisch denkt und dafür arbeitet, dass sich die Bereiche nicht verändern, der hat im Grunde bereits abgedankt.

Dieter Stolte:

Zwei Bemerkungen. Ich finde die Einführung des 3-Stufen-Tests in Ordnung. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dann ging eine entsprechende Initiative dazu vom ZDF aus, d.h., das Ganze ist nicht im Kampf gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten durchgesetzt worden, sondern hier ist konstruktiv mitgedacht worden. Es war Herr Schächter, der auf das BBC-Modell verwiesen hat und vorschlug, dieses Verfahren als eine rechtliche Form zu wählen, um sich in Übereinstimmung mit dem EU-Recht neue Möglichkeiten im Internet erschließen zu können. Dass das mühsam ist, vielleicht sogar überreguliert, ja, das ist richtig. Aber es

wird sich bald herausstellen, dass sich das Verfahren professionalisiert und dass es im Verfahren zwischen den Organen Fernsehrat und Verwaltungsrat auf der einen und Intendant auf der anderen Seite zu einer Routine kommen wird.

Das ist in Ordnung. Irgendeinen Preis muss man zahlen, wenn man das Geld von einem Dritten bekommt und sich nicht selbst verdienen kann beziehungsweise darf. Wenn man das Geld von einem Dritten bekommt, dann muss es ein rechtlich vorgegebenes Verfahren geben.

Ich möchte gerne die Aufmerksamkeit noch auf ein weiteres Thema lenken: Wir brauchen Qualität, eine öffentliche Qualitätsdebatte. Wir nehmen ja alle den Begriff der Qualität in den Mund und tun so, als wüssten wir jeweils, wenn wir sagen, da braucht man mehr Qualität, da muss Qualität eingefordert werden, man muss die Qualität überprüfen, als hätten wir damit schon zum Ausdruck gebracht, was damit gemeint ist.

Ich glaube, diese Diskussion ist bisher nicht geführt worden, was sich eigentlich hinter dem Begriff Qualität verbirgt. Meines Erachtens müsste man intensiver über inhaltliche Qualitäten sprechen. Ferner wäre es interessant zu diskutieren, welche inhaltlichen Defizite gibt es in den Programmen? ARD und ZDF müssen die inhaltlichen Defizite der Privaten in ihren Programmen ausgleichen. Das ist eine rechtliche Vorgabe. Aber welche inhaltlichen Defizite gibt es außerdem? Gibt es überhaupt welche? Und wenn ja, welche?

Es gibt zweitens die Diskussion über die formale Seite. Das führt zu der Diskussion, ob die Formatierung des Fernsehens, wie sie vom Privatfernsehen betrieben wird, was sein gutes Recht ist, das zu tun, von ARD und ZDF inzwischen übernommen wird, ob das ein richtiger Weg ist. Sind die Sendungen „Deutschland sucht den Superstar“, die nunmehr in allen Varianten auch in den Programmen öffentlich-rechtlicher Anstalten zu finden sind, ist das richtig? Oder nicht? Nähern sich hierbei nicht die Programmprofile an, und ist das nicht ein Weg in das Infotainment der Fernsehdarbietung überhaupt?

Der dritte Aspekt ist, ich habe das in meinem Vortrag bereits ausgeführt, ist der Mangel an normativen Diskussionen. Sie kommen sich in meinem Alter altmodisch vor, wenn Sie sagen, wir müssen eine ethische Diskussi-

on führen. Das hat mit Fernsehen allein nichts zu tun. Sie stoßen damit auch im privaten Gesprächskreis, es sei denn, er ist intellektueller und gebildeter Art, auf Ablehnung nach dem Motto, der ist ja von gestern.

Also ich glaube, wir brauchen gerade im Fernsehen eine normativ-ethische Diskussion, wenn man über Qualität spricht. Vielleicht gibt es noch einen vierten oder fünften Punkt. Das alles ist Qualität, macht Qualität aus. Diese Diskussion, die finde ich nirgendwo. Ich finde sie auch nicht in den Zeitungen, wie man überhaupt feststellen muss, dass die Zeitungen die Fernsehkritik als das kontrollierende Gegenüber des Programms aus ihren Spalten verbannt haben.

Die Gremien sind eine Repräsentanz der Öffentlichkeit, die eine ganz andere Funktion haben als die Fernsehkritik. Die „Mainzer Tage der Fernsehkritik“ waren ursprünglich keine Tage der Medienpolitik, sondern behandelten Fragen des Programms und die kritische Auseinandersetzung über die Standards der Programme und über deren Inhalte. Da haben allerdings auch Menschen miteinander diskutiert, die u.a. deswegen zum Fernsehen gegangen sind, weil es ihnen um das Forum ging und nicht um den Markt. Auf dem Markt werden Waren gehandelt, auf dem Forum geht es um Meinungen und um inhaltliche Positionsbestimmungen.

Ich bin zum Fernsehen gegangen, wenn ich mal von der Zufälligkeit absehe, dass ich ein Schüler von Karl Holzamer war, der der Meinung war, ich könne ihn auf dem Weg der normativen und pluralen Gestaltung des Programms begleiten. Diese inhaltlichen Diskussionen finden heute praktisch nicht mehr statt. Lesen Sie sich mal die Reden durch, die gehalten werden, wenn Führungsmandate neu übernommen werden und überprüfen Sie sie nach inhaltlichen Aussagen. Sie finden selten Aussagen darüber, was man inhaltlich anstrebt. Man redet vorzugsweise über Medienpolitik, über Zielgruppen, über Marketing, über die Digitalisierung der Technik, man redet über äußere Bedingungen, aber nicht über innere Voraussetzungen. Man redet über die Schale, nicht über den Kern.

Damit will ich zum Ausdruck bringen, es fehlt die Diskussion über Qualität und die kann nur sehr konkret und nicht einfach nur pauschal geführt werden. Ich kritisiere also nicht das Forum hier, sondern ich will nur deutlich machen, was uns fehlt und wie es weitergehen muss.

Claus Detjen:

Das war das leidenschaftliche Plädoyer eines erfahrenen Fernsehmanns, zugleich ein Beispiel dafür, wie sehr es auf die Persönlichkeiten ankommt. Das ist die Frage an die Politik: Kann man so etwas durch Regulierung, kann man so etwas durch Gremien ersetzen oder kommt es nicht auch in der Zukunft immer in erster Linie auf die Persönlichkeiten an? Also auch hier wieder die Frage: wie viel kann die Politik an Qualität sichern, indem sie Regulierungen macht, die technische Entwicklungen einfangen? Die gesellschaftliche Diskussion ist notwendig. Entscheidend bleibt die Frage: Kann man Qualität überhaupt durch Regulierungen politisch sichern?

Bernhard Vogel:

Also, wenn Sie die Antwort ganz kurz haben wollen: Nein, das kann die Politik nicht, und ich möchte auch engagiert dafür werben, dass sie es auch nicht soll. Es ist eine Unsitte, wenn man selber nicht weiterweiß, dass man sagt, die Politik soll das machen. Bei der Erziehung sollen es die Lehrer machen, obwohl im Grundgesetz über Erziehungspflichten was ganz anderes steht und in der Politik ist es dasselbe.

Ich weiß schon, gelegentlich kommt die Politik zu spät, aber sehr häufig kommt sie zu früh. Sie sollte in diesen Frage das letzte, aber nicht das erste Wort haben, zumal sie dann ja abwürgt, dass erst einmal eine innergesellschaftliche Debatte stattfindet und dann letztlich der Staat seine Funktion wahrnehmen kann und nicht umgekehrt, damit niemand nachdenken muss, der Staat für alle nachgedacht hat und vorsorgend schon alles geregelt hat, bevor überhaupt darüber nachgedacht wird.

Natürlich kann der Staat helfen, dass Qualität geschützt wird, aber erst muss mal die Qualität da sein und erst muss mal Einigkeit darüber sein, was wir unter Qualität verstehen. Da kann ich mich dem, was Herr Stolte jetzt gerade gesagt hat, anschließen.

Sie hatten mich vorhin nach den Gremien gefragt und da möchte ich noch Folgendes sagen: Wir haben ja eine interessante Gremiendebatte weit über das Fernsehen und die Medien hinaus, weil wir beispielsweise gemerkt haben, dass im Bankenbereich die Aufsichtsgremien in der Tat im erheblichen Maße versagt haben und zwar erstaunlicher Weise die, wo staatliche Repräsentanten in den Aufsichtsgremien saßen eher mehr.

Wir haben gegenwärtig eine Entwicklung, die wir dann in 25 Jahren diskutieren. Der Staat hat im Zuge des Schlachtrufes Autonomie für die Hochschulen sehr viel Zuständigkeiten abgeben und in allen Ländern Aufsichtsgremien eingesetzt, Universitätsräte, Hochschulräte oder dergleichen mit einer höchstinteressanten Zusammensetzung, mit erstaunlichen Zuständigkeiten, ohne eigentlich vorher ausprobiert zu haben, ob das funktioniert. Man hat eigentlich mehr den Eindruck, der Staat wollte dem ewigen Vorwurf „ihr regelt zu viel“ entfliehen. Und die ersten Universitäten beklagen sich jetzt, dass sie Dinge entscheiden müssen, die früher so bequem an das Kultusministerium zur Entscheidung weitergegeben wurden und man konnte darauf schimpfen, war aber nicht in der Verantwortung.

Werden diese Gremien, diese Hochschulräte in der Tat den Aufgaben gewachsen sein und wird sich diese Zusammensetzung, die generell vorgegeben ist, eine Portion Politik, eine Portion Wirtschaft, eine Portion Wissenschaft, wird das tatsächlich funktionieren?

Und bei den Gremien der Anstalten, jetzt insbesondere der öffentlich-rechtlichen, will ich noch mal wiederholen: Mich beschäftigt mehr als die Frage, wie sie zusammengesetzt sind, wie sie ihrer Aufgabe gerecht werden. Da ist eben meine Erfahrung, wie auch bei anderen solchen Gremien, Friede und Einvernehmen mit dem Gegenüber, der Leitung ist ein sehr hochgesetztes Prinzip und wenn die Leitung noch dazu gut ist, und wir haben ja sehr gute Intendanten gehabt in den letzten Jahrzehnten, dann wird ein Intendant diese Situation nutzen und in der Tat relativ wenig Schwierigkeiten, vor allem in der Öffentlichkeit mit den Gremien bekommen.

Die Gremien aber sind meines Erachtens natürlich u.a. dazu da, die Leitung einer Anstalt nach Kräften zu unterstützen, aber die Kontrollfunktion steht ja überall mit drin und man muss die Wahrnehmung der Kontrollfunktionen in Frage stellen und nicht die Zusammensetzung. Über sie kann man sprechen, aber wie immer sie sie zusammensetzen, wenn die Kontrollfunktion nicht wahrgenommen, sondern nur geklatscht wird und auf eine kurze Sitzung gehofft wird, dann wird man dieser Aufgabe nicht gerecht.

Andreas Krautscheid:

Da schließt sich der Kreis. Die gesellschaftliche Debatte, die Herr Stolte zu Recht fordert, zum Beispiel über Qualität, die müsste ja nun in den Gremien toben, denn da sitzt angeblich die Gesellschaft. Ich will hier nicht über die Kolleginnen und Kollegen schimpfen, da sind eine ganze Menge, die sich stark engagieren. Aber die Frage des Selbstverständnisses, warum man in ein solches Gremium geht, hat, wenn wir ehrlich sind, auch ein wenig mit Prestige zu tun. Manchmal wünsche ich mir natürlich auch, ich würde zum Beispiel bei der ARD bei einer Intendantenkonferenz Mäuschen spielen, wenn zu später Stunde gefragt wird, wer seinen Rundfunkrat am besten im Griff hat. Das ist alles normal und zutiefst menschlich. Ich finde das alles überhaupt nicht kritisierbar, so sind die Mechanismen.

Herr Reich-Ranicki hat uns leider einen großen Gefallen getan, um es ironisch zu sagen. Drei Tage nach seinem Wutausbruch hat er im Gespräch mit Gottschalk gesagt, dass Qualität mehr Brecht und mehr Shakespeare bedeuten würde. Da war natürlich die Debatte im Eimer. Es war für jeden offensichtlich, dass es das eigentlich nicht sein kann. Wir sind oft auch nicht bereit, Qualität genre-typisch zu diskutieren, also guter Krimi oder schlechter Krimi, egal wo er läuft.

Es gibt übrigens auch eine wunderbare ironische Komponente die zeigt, wie doppeldeutig und doppelbödig diese Diskussion im Moment läuft. Ich nehme nur ein Beispiel, ich will da keinem zu Nahe treten. Eine Sendung wie *Aspekte* hat ja nahezu keine natürlichen Feinde. Sie beschäftigt sich mit Kultur, damit ist das Qualität. Ob sie das gut oder schlecht macht, richtig oder falsch, attraktiv oder nicht attraktiv, wird nicht diskutiert. Ich habe noch nie irgendwo umfangreichere Fernsehkritiken über diese Kulturmagazine gelesen, weil das irgendwie so per se den Anschein des Guten hat. Da muss genauso hingeguckt werden, ob das qualitativ gut oder schlecht ist. Diese Diskussion sollten wir breiter führen, sie gehört in die Gremien. Ist es denn zwingend, dass beispielsweise der Gewerkschaftsbund unbedingt seinen Vorsitzenden da hineinschickt? Diese Frage sollte jede Organisation für sich durchdenken. Es könnte auch sein, dass er nicht ausreichend Zeit für diese zusätzliche Tätigkeit hat. In Nordrhein-Westfalen diskutieren wir auch gerade die Frage der Gremienbesetzung, weil wir ein neues Mediengesetz machen.

Herr Dr. Vogel, Recht ist vielleicht gar nicht das große Problem, aber nach welchen Kriterien und mit welchem Auftrag geht man in ein Gremium? Darüber können wir ruhig diskutieren, wenn denn wieder mal Benennungen anstehen. Ich fände es zum Beispiel auch nicht falsch, wenn die Gremien darauf hinweisen würden, was die Mitglieder da eigentlich sollen. Dann kann man innerhalb der entsenden Organisation auch vielleicht eine kleine Diskussion darüber lostreten, wer die richtige Besetzung für das Gremium wäre.

Claus Detjen:

Jürgen Doetz, wir sprechen die ganze Zeit über die Gremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten, aber ich erinnere mich an eine graue Vorzeit des Fernsehens, als Gremien eingeführt und Landesmedienanstalten gegründet wurden, um eine gewisse Qualitätssicherung bei privaten Sendern zu garantieren. Damit waren auch Auflagen verbunden hinsichtlich der privaten Veranstalter. Sie müssen Programmfenster öffnen, ein erfolgreiches wird ja auch noch von Nordrhein-Westfalen praktiziert, nämlich Alexander Kluges Programmfenster. Aber das waren doch Maßnahmen, deren Erfolg offenbar doch nicht so groß war, dass sie hätten verhindern können, dass die Öffentlich-Rechtlichen unter den Druck gekommen sind, der vorhin beschrieben wurde, dass sie Formate immer mehr übernommen haben, wie sie bei privaten Sendern Gang und Gebe sind. Und wenn man die jüngste Diskussion um die RTL-Sendung *Kinder als Erwachsene* verfolgt, dann fragt man sich schon, wofür es eigentlich diese Landesmedienanstalten in großer Zahl gibt, die sehr, sehr viel Geld bekommen, sehr gut ausgestattet sind, viele Gremien haben. Jürgen Doetz, wofür braucht man die eigentlich?

Jürgen Doetz:

Wenn ich mal so etwas die SUFFISANZ auch von Herrn Krautscheid aufnehme mit Blick auf die Gremienbesetzung, erinnere ich mich an die Situation von vor zwanzig Jahren. Heute ist das natürlich alles anders. Da war nach der Frage, wer kriegt jetzt den Sitz im Fernsehrat des ZDF usw., am Schluss die Diskussion, oh, da sind noch ein paar übrig, die schicken wir dann zu den Privaten.

Da Herr Drewitz (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz) heute schon mal genannt wurde, aber jetzt in einer hohen Fußballfunktion ist, in der er sich nicht zu wehren braucht, ein kleine Geschichte. Er hat mir vor Jahre

einmal auf die Schulter geklopft und hat gesagt, nimm es nicht so ernst. Ich war der erste, der eine Landesmedienanstalt eingeführt hat, ich bin auch der erste, der wieder eine abschafft.

Gut, die Hinterlassenschaft wollen wir nicht einlösen, aber die Neudefinition der Rolle der Landesmedienanstalten ist, und da möchte ich jetzt ernsthaft werden, auch deswegen geboten, weil ich den Eindruck habe, sie nehmen sehr zu unserem Leidwesen ihre Funktion oft sehr viel ernster, als öffentlich-rechtliche Kollegen. Das sicher auch deswegen, weil sie öfter im Brennpunkt stehen wegen gewisser Angebote der Privaten und weil programm-inhaltliche Diskussionen von Gremien der ARD oder des ZDF nicht in die Öffentlichkeit transportiert werden. Da ist man ja auch noch stolz, dass man das alles intern macht, während wir darunter zu leiden haben, dass jede Landesmedienanstalt unterschiedlich gewichtet, und auch ein gewisses Interesse hat, ihre Legitimation, durch eine ausgeprägte Öffentlichkeitsarbeit zu unterstreichen.

Unter dem Strich sage ich deshalb, wir fühlen uns von unseren Landesmedienanstalten erheblich mehr kontrolliert, als es im Selbstverständnis in der Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Kollegen da ist, und das provoziert natürlich die Frage, wo sind denn eigentlich unsere Interessen, die Landesmedienanstalten haben doch auch irgendwo die Funktion im gesellschaftlichen Diskurs, diese zu transportieren. Sie sind auch für uns da, wenn ich zum Beispiel an Frequenzpolitik denke, wo oft die privaten Veranstalter nicht die Gesprächspartner der Regulierungsgremien, ich sage mal Bundesnetzagentur u.a. sind, sondern eben die Landesmedienanstalten, die hier Funktionen für den privaten Rundfunkanbieter wahrnehmen. Und dann denke ich, das sind dann die selben, die auf der einen Seite hier jetzt diese frequenzpolitische Vertretung wahrnehmen müssen, aber auf der anderen Seite ja darauf achten müssen, dass sie uns hinreichend legitimiert kritisieren.

Und da kommt das zum Tragen, was ich vorhin angeschnitten habe. Lohnt es sich für einen kommerziellen Veranstalter gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen? Oder macht er es sich leichter, wenn er zu einem Medien- oder Teledienst wird mit seinen Angeboten? Oder andersrum gefragt: Muss er bei den vergleichbaren Angeboten, die das Netz aufweisen wird oder schon heute aufweist, akzeptieren, dass der Wettbewerber lange nicht so kontrolliert reguliert wird, wie er selbst. Da wir kommerzielle Veranstalter sind, ist das meines Erachtens eine legitime Frage und auch eine notwendige Diskussion.

Und so kommen wir sehr schnell wieder zurück zu der Inhalte-Diskussion und der Frage eben, wo schaffen auch private Anbieter publizistischen Mehrwert? Also das ist bei dieser Diskussion, die wir hier führen, das Spannende, dass es so miteinander verwoben ist, von der Funktion über die Inhalte-Diskussion, über die Perspektive. Darum ist diese Diskussion einer neuen Medienordnung so dringend notwendig.

Da wird die Frage der Verantwortung, die Frage der Inhalte, die Frage der Qualität natürlich eine zentrale Richtschnur sein müssen, weil wir vom Fernsehen und Radio reden, wir reden von Journalismus, von Inhalten für die Menschen draußen. Da hat jeder, der diese Transportmittel in der Hand hat oder sie nutzen kann, eine Verantwortung.

Ich komme vielleicht auch aus der Ecke derer, die mal mit Inhalten angefangen haben und für die Fernsehen auch nie ein Angebot sein wird wie das, was ich im Real oder im Media Markt kaufen kann, eben als Geräte oder wie auch immer. Aber das wird nach wie vor die spannende Diskussion sein und darum gehöre ich nicht zu denen, die sagen, machen wir es doch einfach, schaffen wir die Landesmedienanstalten ab, dann wird der Gebührenzahler entlastet. Das würde er sicher nicht, weil die Öffentlich-Rechtlichen sicher einen Grund fänden, dass sie das Geld auch noch brauchen - also das Argument kann man vergessen.

Aber wie gesagt, es ist mir zu billig, zu einfach für die Sache. Die Landesmedienanstalten wissen selbst, dass die Frequenzuteilung oder die Lizenzierung ein endliches Geschäft ist, falls sie überhaupt noch stattfinden. Die Landesmedienanstalten wissen selbst, dass die Lizenzierung alter Art längst nicht mehr so spannend ist, wie die Zeit, als wir um die terrestrischen Frequenzen in jedem Bundesland kämpften und uns an dem Ankündigen von Versprechen Sorbischer Regionalprogramme dort und dänische Minderheiten-Programme dort, überschlagen haben. Die Zeiten sind vorbei. Das wissen wir auch. Aber das Thema gesellschaftliche Verantwortung im Diskurs, die Frage eben, wie wird fair reguliert in dem ganzen Rundfunk- und Internetbereich, das sind alles offene Themen, die wir lieber im Diskurs mit den Landesmedienanstalten erörtern als mit Konfrontation.

Es reicht jetzt. Schön, dass wir uns eine Weile getroffen haben. 25 Jahre sind genug. Das wäre mir zu billig, Herr Detjen.

FRAGEN UND ANMERKUNGEN AUS DEM PLENUM

Claus Detjen:

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, bitte stellen Sie Fragen, machen Sie Anmerkungen, geben Sie Ihre Kommentare.

Frage aus dem Plenum:

Meine Fragen richten sich an den zeithistorisch interessierten Bürger und ehemaligen Intendanten Professor Stolte.

Erste Frage: Ich habe so eine Erinnerung an *Spiegel* und *Focus*. Der *Focus* hat sich sicherlich vieles abgeschaut am *Spiegel*, aber ich glaube, der *Focus* hat den *Spiegel* dann auch noch sehr verändert. Wie würden Sie das denn einschätzen mit den öffentlich-rechtlichen und den privaten Sendern, also inwiefern sind die Öffentlich-Rechtlichen durch die Privaten dann mitbestimmt worden?

Mein zweiter Punkt wäre: Sie, Herr Stolte, nannten das Stichwort „Kukident-Fernsehen“, also ein Programm für die ältere Generation. Welche Prognose würden Sie abgeben für die jetzt 14- bis 49jährigen, die heute die Privaten sehen, werden diese dann in 25 Jahren immer noch Zuschauer der Privaten sein oder werden diese im Alter zu den Öffentlich-Rechtlichen wechseln oder sterben die Öffentlich-Rechtlichen

aus oder werden irgendwann wieder junge Menschen anfangen, öffentlich-rechtlich zu schauen?

Und drittens: Ist das Fernsehen, das Podium zeigt es, nicht vielleicht doch immer noch eine Männerdomäne? Also Frau Rein, Frau Piel okay, aber wenn man sich anschaut, die Intendanten, Chefredakteure, Herausgeber, das sind doch überwiegend Männer.

Dieter Stolte:

Im Wettbewerb der öffentlich-rechtlichen und privaten Programme haben beide voneinander gelernt. Da gibt es tugendhafte und untugendhafte Beispiele. Es ist keine Frage, dass insgesamt die Präsentation des Programms, die von Anfang an bei den Privaten sehr viel lebendiger und spontaner war als bei den Öffentlich-Rechtlichen, wo das in den ersten ein oder zwei Jahrzehnten noch etwas Statuarisches hatte, dass sich das verändert hat. Das führte unter anderem zur Übernahme von Programmpersönlichkeiten, die ursprünglich im Radioprogramm gearbeitet haben, vor allem bei RTL, aber dann zum Fernsehen gekommen sind, vor allem zum ZDF.

Da ist viel voneinander gelernt worden. Das geht bis in die Strukturen hinein. Ich habe ja vorhin gesagt, dass die beamtenähnlichen Strukturen, die entweder da waren oder die man gedacht hatte zu haben, dass sie durch das Hinzutreten des Privatfernsehens aufgebrochen und verändert wurden. Das war ein großer Innovationsschub, der sich auch im Design ausdrückte.

Die Frage, die ich jedoch kritisch stellen würde ist, ob die Formatierung von Programmangeboten, wie sie vor allen Dingen im Privatfernsehen Gang und Gebe war, ob das notwendig war, dass ZDF und ARD diesen Beispielen folgten. Ich bin der Meinung, dass Castingshows ein Modell des Privatfernsehens sind, die sollen das machen. ARD und ZDF müssen eigene, andere Formate entwickeln.

Nehmen Sie ein Beispiel positiver Art im Privatfernsehen: die Quiz-Sendung von Günther Jauch. Die hätte gut in das öffentlich-rechtliche Fernsehen gepasst. Dort sind diese Quiz-Sendungen ursprünglich entstanden, wenn Sie an Hans-Joachim Kulenkampff denken, an Peter Frankenfeld oder Hans Rosenthal. Irgendwann war man der Meinung, das sei alles

überholt und muss weg, und dann ist das vom Privatfernsehen neu etabliert worden und wurde eine Erfolgsgeschichte. Mit Pilawa, Lanz und ehemals Kerner im ZDF gibt es jetzt wieder eine Renaissance der Quizsendungen bei den Öffentlich-Rechtlichen.

Was heute notwendig wäre, wären klarere Programmprofile, damit man weiß, für was steht ein Programm, und das würde bei ARD und ZDF auch den Zugang zu neuen Zuschauern erheblich erleichtern. Unentschiedenheit schwächt immer die Position des Programms.

Die Frage, wie das mit der altersspezifischen Nutzung des Fernsehens weitergeht, kann ich nicht schlüssig beantworten. Die Frage stellt sich im Übrigen für Tageszeitungen ganz genauso. Da es keine Patentlösung gibt, ist der Ausweg, den die Öffentlich-Rechtlichen gewählt haben, dass dort, wo neue Plattformen wie das Internet beziehungsweise das Internet-TV entstehen, das vor allen Dingen von jungen Menschen genutzt wird, sie auch von ARD und ZDF in Anspruch genommen werden müssen.

Es wird nicht so kommen, wie man häufig sagt, wer alt wird, sieht ARD und ZDF oder weil er RTL und SAT1 in seiner Jugend gesehen hat, wird er immer dort bleiben. Ich glaube, das wird durch das Lebensgefühl und die Lebensumstände der Menschen noch einmal zusätzlich bestimmt werden. Das bleibt eine offene Situation.

Ich bin der Überzeugung, dass wir in ARD und ZDF klare Profile brauchen, auch für junge Menschen über die gesamte Bandbreite von Information, Unterhaltung und Bildung. Wenn sie die Möglichkeit nutzen, dies auch mit qualitativen Standards zu verbinden, werden sie auch in Zukunft ihren Weg gehen. Wer glaubt, dass die Auditorien von ARD und ZDF am Ende aller Tage automatisch kleiner werden und die Privaten immer größer, der irrt. Das wird nebeneinander bestehen, auch auf den unterschiedlichen Plattformen.

Dass zu wenige Frauen im Fernsehen tätig sind, ist im Prinzip richtig. Ich habe ja bereits gesagt, dass dieses Medium ein Zugangsmedium für junge Frauen ist. Das hat auch damit zu tun, dass Rundfunk, Fernsehen und Zeitung in ihrem Kern von einem pädagogischen Eros erfüllt sind. Da die Lehrberufe nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen, gibt es vor allem in den elektronischen Medien interessante Möglichkeiten für junge Frauen, sich neu zu orientieren. Ich habe zwei Beispiele genannt,

wo Frauen an der Spitze von Rundfunkanstalt stehen, WDR und RBB, und das gilt auch für eine Reihe von Programmdirektorinnen in Hörfunk und Fernsehen. Im ZDF gibt es eine Finanzchefin, ferner eine Chefin für Fernsunterhaltung, nicht die klassische Show, sondern Wortunterhaltung.

Also das nimmt seinen Weg, und ich habe den Eindruck, dass heute sehr viel mehr Frauen als Reporterinnen tätig sind. Wenn Sie in die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF hineinschauen, sehen Sie viele junge Frauen, denen man wirklich nur mit Respekt begegnen kann: aus welchen schwierigen Gegenden, sowohl klimabedingt, aber auch kriegsbedingt, diese jungen Frauen erstklassige Magazinbeiträge oder größere Reportagen produzieren, ist beachtlich.

Das ist sicherlich nicht nur ein Erfolg der Einführung des Privatfernsehens. Es ist auch dem Zeitgeist geschuldet. Kurzum, sind wir auf einem guten Weg.

Harald Jung:

Für viele Jahre war ich für das ZDF im Ausland unterwegs, und das ist auch der Grund, weshalb ich mich hier zu Wort melde.

Was bedeutet gesellschaftliche Verantwortung? Herr Doetz hat die Frage gestellt. Er selbst hat geantwortet mit einem doch etwas zweifelnden Hinweis auf ein Korpus bürgerlicher Kultur, der vielleicht nicht mehr verbindlich ist. Dagegen steht Herrn Stoltes leidenschaftliches Plädoyer für Qualität.

Dann gibt es eine Debatte darum, wie man das eine oder das andere gewährleisten kann in den Gremien, in der öffentlichen Debatte. Was bedeutet aber wirklich gesellschaftliche Verantwortung. In den fast 25 Jahren, die ich viele Fernsehsender, Programme, Angebote in Lateinamerika, in Spanien und in Frankreich neben unserem Programm sehen konnte, habe ich eine Gemeinsamkeit feststellen können, nämlich, je schlechter das Fernsehprogramm, desto schlechter und tiefer die politische Kultur der Gesellschaft.

Nun mag man da die Frage nach der Henne und dem Ei Frage stellen: Ist das Fernsehen verantwortlich dafür, wenn die politische Kultur gut ist,

oder ist die Erziehung und die politische Kultur eines Volkes verantwortlich dafür, dass das Fernsehen nicht schlecht ist? Auf die Frage werden wir schwer eine Antwort finden, aber gestatten Sie mir einen Hinweis auf eine Debatte, die in dieser Stadt vor achtzig Jahren geführt wurde. Da ging es um das Theatersterben, und die Feuilletons der Hauptstadt waren voller Debatten darüber, wie das Theater aussehen müsste, damit die Zuschauer hingehen. Ein großer Theatermann, Max Reinhardt, hat einen Beitrag zu dieser Diskussion geleistet, von der ich glaube, dass sie auch für uns sinnvoll ist.

Er hat nämlich gesagt: „Wir laufen dem Zuschauer solange hinterher, bis wir nur noch das Arschloch sehen.“ Ich fürchte, das ist das, was sich in der Debatte des heutigen Tages nicht beantworten lässt. Wie vermeiden wir es, dem Zuschauer solange hinterher zu laufen, bis wir nur noch das „Arschloch“ sehen?

Claus Detjen:

Das waren ein Kommentar und eine Feststellung. Dann hoffen wir nur, dass es nicht so kommt. Man könnte auch ein anderes Zitat anfügen. Professor Manfred Schneider, Literaturwissenschaftler an der Ruhr-Universität in Bochum hat vor einiger Zeit in der *Neuen Zürcher Zeitung* geschrieben: „Die Demokraten haben nicht nur die Verpflichtung, die Macht zu zähmen, sondern erst recht die Pflicht, die Macht einer Unterhaltungsmentalität zu brechen, die den politischen Diskurs ruiniert, indem sie sein höchstes Recht in Anspruch nimmt, die Freiheit der Information.“

Es wäre durchaus interessant, darüber zu diskutieren. Das gehört zu dem Teil des von Ihnen, Herr Professor Stolte, geforderten gesellschaftlichen Diskurses. Aber jetzt hat zunächst Herr Professor Schwarz-Schilling das Wort.

Christian Schwarz-Schilling:

Ich halte die beiden Impulsreferate für ausgezeichnet, sie haben eine sehr gute Übersicht gegeben. Aber jetzt möchte ich mich etwas provokativ hier einmischen. Sie wissen, Bernhard Shaw hat gesagt: „Hütet euch vor den alten Leuten, denn sie haben nichts zu verlieren.“ Und ich werde auch einige kritische Anmerkungen machen.

Erster Punkt: Die Rückschau ist notwendig, aber sie darf nicht unter einer Perspektive stattfinden, die unserer heutigen Haltung entspricht, nämlich einer Harmoniegesellschaft. Ich glaube, wir sind uns über den Kampf, der in den 70er Jahren des vorherigen Jahrhunderts geführt wurde, heute überhaupt nicht mehr im Klaren.

Ich sage nur mal ein paar sporadische Beispiele: Als am Frankfurter Flughafen das Airporthotel die erste Satelliten-Antenne nach langen Genehmigungsverfahren bekommen hatte, weil es Touristen internationaler Art auch mit ausländischen Sendern bedienen musste, hat der „Frankfurter Hof“, immerhin ein renommiertes Hotel in Frankfurt, es gewagt, ebenfalls eine Antenne für seine Gäste aufzustellen. Diese wurde sofort von der Landespolizei auf Veranlassung der Landesregierung abgebaut und ist mit einem Strafverfahren wegen Verletzung des Bundespostmonopols belegt worden.

Zweiter Punkt: Der Begriff des „Urknalls“ kann fehlerhaft in der Beurteilung. Natürlich war es ein erster erfolgreicher Durchbruch nach langen Vorbereitungen, strategischer und technologischer Art. Alles andere ist falsch. Es ist nicht plötzlich der Schöpfergott gekommen, wie das beim Urknall ja vielleicht gewesen ist, sondern das ist ein erster, sichtbarer Erfolg gewesen von teilweise jahrzehntelangen Bemühungen. Die Medienprogramme sowohl bei der CDU wie bei der CSU waren bis Anfang der 1970er Jahre mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten genauso verheiratet, wie es bei der SPD war. Das waren heilige Kühe, die man nicht anfassen durfte. Und der Journalist Johannes Groß verkündete, dass die beste Medienpolitik „keine Medienpolitik“ sei.

Das letzte Programm, was damals Friedrich Zimmermann als medienpolitischer Sprecher der CSU gemacht hatte, bevor wir die Medienpolitik unter Helmut Kohl neu in Gang setzten, bedeutete eine Absicherung der öffentlich-rechtlichen Anstalten als Monopol.

Der erste wirkliche Kurswechsel erfolgte, als ich medienpolitischer Sprecher wurde, mit Helmut Kohl die verschiedenen Möglichkeiten abgesprochen hatte und dann in der Bayerischen Akademie in Tutzing eine Rede über die Einführung von Vielfalt, Wettbewerb und Ausgewogenheit in unserer Medienlandschaft unter der Überschrift „Sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten noch zu retten?“ gehalten habe. Aufgrund meiner Rede hat dann Peter Glotz von der SPD zu mir gesagt, ob ich mir darüber im

Klaren sei, dass ich den jahrzehntelangen „Verfassungskonsens“ zwischen CDU und SPD mit der heutigen Rede aufgebrochen hätte. Ich habe ihm erwidert, wenn er das so auffasse, dann sehe er das durchaus richtig. Ich sei mir darüber völlig im Klaren.

Und warum haben wir diese Position eingenommen? Weil keine Vielfalt und Ausgeglichenheit in den öffentlichen Sendern existierte, sondern eine linke Schlagseite, genannt „Rotfunk“. Ich habe mit Ministerpräsident Stoltenberg (Schleswig-Holstein) damals gesprochen. Als die Brokdorf-Demonstration stattfand, da saß er im Hubschrauber, hat unten die ganzen, ja fast bürgerkriegsähnlichen Zustände gesehen und im Radio verfolgt, wie die NDR-Korrespondenten wie Kriegsberichterstatter den Leuten, die unten gewaltsam demonstrierten, die Hinweise gaben, wo die Polizei jetzt gerade ist und wo sie nicht ist, damit die wussten, wo sie hingehen können – im NDR – ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk! Das hat Stoltenberg in einem Gespräch mit mir dazu gebracht, den NDR-Staatsvertrag zu kündigen. Ministerpräsident Albrecht (Niedersachsen) tat dies ebenso.

Und jetzt kommen wir noch mal zu der Geschichte Ludwigshafen. Meine Damen und Herren, das Pilotprojekt Ludwigshafen war ein ganz wichtiger, ich möchte fast sagen Coup, indem wir etwas gemacht haben, was mit einem Schlag die Verhältnisse änderte. Nämlich, dass wir nicht auf den Satelliten TV-SAT gewartet haben, der TV-SAT, der unter Länderhoheit mangels Frequenzen keinen Wettbewerb privater Rundfunksender zuließ.

Das war die Vereinbarung, die auch Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing als großes deutsch-französisches Projekt gemacht haben, sehr wohl in der Absicht, dass nicht über Satellit diese Voraussetzungen des Verfassungsgerichts aufgebrochen werden können. Das gleiche war beim Kabel der Fall. Das war keine Überlegung des Kabelstopps. Der wurde im Jahr 1979 ausgesprochen. Da saß Postminister Gscheidle im Kabinett und hörte plötzlich von Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), dass seine Pläne, in 16 Städten Kabel auszubauen, durch Kabinettsbeschluss beendet seien. So ist es gewesen.

Und wenn Sie die ideologische Auseinandersetzung sehen, da war nicht mehr die Frage, wie bei öffentlich-rechtlichen Anstalten Ausgewogenheit

hergestellt werden kann, weil es ja nur so Vielfalt in einer Anstalt gibt, wenn es schon keinen Wettbewerb gibt. Da wurde das Wort „Ausgewogenheit“ in die Lächerlichkeit gezogen. Ich habe noch heute die Artikel von EPD-Medien in Erinnerung, in denen einige erklärt haben, ja, wir haben die Vorhand, wir sind die Vorhut der Gesellschaft und aus dem Grunde haben wir das Mandat im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, unsere Meinung zu verkünden.

Das war doch der Zeitgeist, der überall herrschte. Hören Sie mal den Hessischen Rundfunk oder dem Westdeutschen Rundfunk oder den Norddeutschen Rundfunk oder die Magazine der ARD – und das sollte dann vom ZDF gegengesteuert werden? Wir konnten nur innerhalb des ZDF, da war ich Gremienmitglied, eine entsprechende Ausgewogenheit herstellen, aber wir konnten nicht auch noch die ARD in Ausgewogenheit bringen.

Meine Damen und Herren, das war ein ganz harter Kampf.

Auch die ganze Glasfaserdiskussion war ein strategischer Kampf. Mit der Forderung, Glasfaser statt Kupferkabel zu verlegen, wollte man die Verkabelung solange hinauszögern, so dass in den nächsten Jahre ein Massenmarkt für private TV-Programme in Deutschland gar nicht hätte entstehen können.

Das haben wir alles damals gesehen und trotz heftiger persönlicher Angriffe durchgesetzt. (...)

Das waren alles Begleiterscheinungen dieser Zeit. Wir sollten uns jetzt bitte hier nicht so hinstellen und sagen, das waren alles ganz normale und nette Geschichten. Nein, es war ein harter Kampf, und es wird auch hier wieder in Deutschland mal Zeiten geben, ich hoffe nicht allzu bald, wo es darauf ankommt, dass Menschen den Mut haben, solche Kämpfe zu führen.

Ein letzter Punkt: Das, was erreicht wurde, ist phantastisch. Gehen Sie doch heute mal in irgendein Land dieser Welt, schauen Sie sich die Fernsehprogramme an und dann kommen Sie nach Deutschland zurück. Es gibt keine besseren Programme in der Welt heute als in der Bundesrepublik Deutschland. Und das von beiden Seiten! Daran hat das öffentlich-rechtliche System einen großen Anteil, das ja wieder sehr viel mehr zu seiner Aufgabe zurückgekehrt ist, nachdem es kein Monopol mehr ist.

Ich kritisiere die falschen Vorstellungen, diese Qualität mit entsprechenden Quoten-Rechnereien bemessen zu wollen. Ich sage nur eins, wenn im ZDF oder in der ARD, eine Schiller-Aufführung gesendet wird, dann sind mehr Zuschauer vor dem Fernseher als in sämtlichen Theater der Bundesrepublik Deutschland, mindestens drei- oder viermal so viel.

Und dazu muss man noch bedenken, dass damit viele Leute dies sehen, die sonst überhaupt nicht ins Theater gehen. Und dann sagt man, das waren ja bloß vier oder fünf Prozent. Ja, meine Güte, was ist das, was wäre das auch in früheren Zeiten für eine Sache gewesen. Da kann ich nur sagen, phantastisch, wie auf diese Weise so viele Menschen erreicht werden. Aber das dürfen Sie natürlich nicht mit üblichen Quoten bewerten. Es ist der Auftrag des Öffentlich-Rechtlichen, auch für kulturelle und andere qualitative Minderheiten Massenprogramme zu machen.

Und was hätten wir gemacht, ohne dass die Privaten gekommen wären? Die gesamte Wirtschaftsberichtserstattung hat doch mit N-TV erst so richtig begonnen, was in jeder Nachrichtensendung die entsprechenden Kurse, die entsprechenden Käufe, Verkäufe, die gesamte Situation der Welt auf diesem Gebiet dargestellt wird, das war doch bei den Öffentlich-Rechtlichen bis dahin überhaupt nirgendwo dabei.

Und von daher gesehen kann ich nur sagen, es ist ein phantastisches System, und wir sollten uns wirklich bei der Qualitätsfrage sehr auf den Punkt begeben. Was sind die Kriterien? Wo passen die Kriterien und wo passen sie nicht? Und lassen wir bitte die Leute nach ihren eigenen Wünschen leben und nicht so tun, als müsste alles nach *einem* Gesichtspunkt ablaufen. Das ist die Schönheit der Vielfalt, die wir heute haben. Ich hoffe, dass das noch Jahre und Jahrzehnte so sein wird. Hoffentlich wissen es nachher noch ein paar Leute, was für Kämpfe notwendig sind, um so etwas zu erhalten, genauso viel wie damals, um das duale Rundfunksystem zu ermöglichen.

Dagmar Pohl-Laukamp:

Ich bin stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates des NDR. Ich habe eine Frage und eine Anmerkung.

Wir sind ja gewohnt, in Gegensätzen zu denken. Wir denken ARD, ZDF, öffentlich-rechtlich, privat-rechtlich, staatsfern, staatsnah. Meine Frage ist, ob für die Zukunft nicht sehr viel mehr Gefahren von anonymen

Investoren ausgehen, die reihenweise mit Finanzmitteln in unser System drängen und denen individuelle oder auch gesellschaftspolitische Verantwortung egal ist. Das Problem auf der einen Seite ist das Kartellrecht und auf der anderen Seite die Anonymisierung.

Die Anmerkung, die ich machen will, betrifft die Qualitätsdiskussion. Es gibt ja bei der ARD eine Gremienvorsitzendenkonferenz, in der die Vorsitzenden der Rundfunkräte und die Vorsitzenden der Verwaltungsräte zusammengeschlossen sind, die sich auch ihre Rechte gegenüber den Intendanten ein bisschen im Laufe der Zeit erkämpft haben und ein entsprechendes Statut haben. Diese Gremienvorsitzendenkonferenz hat die Qualitätsdiskussion auch in ihren Reihen geführt und schon lange vor Reich-Ranickis Beitrag beschlossen, ein öffentliches Forum zur Qualitätsdebatte im öffentlichen Rundfunk zu organisieren. Dieses Forum hat am 4. Februar 2009 in Hamburg stattgefunden.

Hans-Gerd Stockinger:

Ich bin seit 14 Jahren Mitglied im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks. Ich stimme Herrn Doetz und Herrn Krautscheid zu, dass der 3-Stufen-Test in der Tat der Lackmustest und die Bewährungsprobe der Gremien der Öffentlich-rechtlichen sein wird. Das ist ein sehr, sehr zweischneidiges Schwert. (...)

Es gibt in allen Rundfunkräten, soweit ich das habe feststellen können, Leute, die interessiert sind, ihrer Aufgabe der Kontrolle und der Beratung des Rundfunks nachzukommen. Nur müssten die manchmal etwas mehr aus den Schuhen rauskommen. (...)

Das heißt also, die Kompetenz ist hier durchaus in Frage zu stellen, aber die Gremien müssen diese Chance wahrnehmen und sich in meinen Augen unbedingt professioneller Hilfe bedienen. Es muss sein, dass die Rundfunkräte autark werden, sich abnabeln von der Intendanz und dass sie durch eigenes Personal in die Lage versetzt werden, dieser Aufgabe nachzukommen.

Es wurde vorhin am Podium auch über die Besetzung gesprochen. Es ist eines der heikelsten Themen überhaupt. (...)

Mein Plädoyer an die Gremien ist: Mut, sich abzunabeln, Mut zur Professionalität. Ich denke, dass dann dieser Lackmustest auch bestanden werden kann.

Therese Wieland:

Ich bin Rundfunkrätin im SWR und etwas enttäuscht, wie wenig Wertschätzung Sie den Gremien zuschieben. Ich muss sagen, ich bin selbst im Fernsehausschuss. Wir diskutieren schon sehr, sehr deutlich mit unseren Vorsitzenden, nur gelangt das ja nicht alles an die Öffentlichkeit. Das sind nicht-öffentliche Sitzungen. Das kann also nicht so sein, dass wir nur das abwickeln, was unser Intendant oder die Direktoren uns sagen. Unserem Landessenderdirektor, Dr. Steul, haben wir schon manchmal ganz schön zugesetzt. Uns so darzustellen, dass wir keine Kompetenzen, auch kein Sachwissen haben, also ich muss sagen, im SWR wird wirklich sehr, sehr heiß diskutiert. Das war ein Votum für die Gremien, weil mir das wirklich zu wenig von Ihnen allen dargestellt wurde.

Jürgen Wilke:

Ich wollte noch mal auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der etwas zu kurz gekommen ist in der Diskussion, nämlich, dass wir diese Probleme hier nicht nur als eine Auseinandersetzung zwischen zwei Säulen des Rundfunksystems diskutieren können, sondern dass wir auch die privatwirtschaftliche Presse in Betracht ziehen müssen. Die Sicherung der Existenz der privaten Presse, auch Herr Stolte hat das kurz angedeutet, ist eine Lebensaufgabe ebenfalls für ein demokratisches System. Die Kommunikationsforschung zeigt ja seit vielen Jahren, wie wichtig es ist für das Verstehen von Dingen, für die Rationalität des Begreifens, dass man liest. Und insofern ist das eine gesellschaftspolitische Aufgabe, zu verhindern, soweit es ordnungspolitisch natürlich beeinflussbar ist, dass die Presse nicht untergeht. Ich kann das sagen, ich bin kein Interessenvertreter der Presse oder kein Verleger, aber man kann es aus übergreifenden Gesichtspunkten nicht genug betonen, dass die Sicherung dieser Qualitätskompetenzen, die auch in der Presse gewachsen sind, für das Überleben der Medienordnung und der Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind. Das sollten wir also bei aller Konzentration auf dem privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht aus dem Blick verlieren.

Claus Detjen:

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das angesprochen haben. Ich will das auf eine Frage fokussieren, die kürzlich in die Diskussion gebracht wurde, nämlich ob nicht jetzt die Zeit ist, um öffentlich-rechtliche Zeitungen einzuführen. Unter anderen hat das der ehemalige Verfassungsrichter Grimm ausgeführt. Das Gebührenmodell für gebührenfinanzierte Zeitungen wäre ja ganz einfach einzurichten: Analog zur Definition für die Rundfunkgebühr führt man eine Zeitungsgebühr ein, nach der Definition, jeder, der ein Gerät zum Empfang einer Zeitung, sprich Briefkasten, bereithält, ist zur Zahlung einer Gebühr verpflichtet.

Ich will einen Kommentar dazu geben: Ich möchte dann nicht mehr Zeitungsverleger sein. Ich glaube, dass die privatwirtschaftliche Struktur der Presse das Essentielle ist und damit auch ein wesentlicher Beitrag in der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung geleistet wird. Der öffentlich-rechtliche Mediensektor sollte nicht dadurch gestärkt werden, dass wir jetzt auch noch öffentlich-rechtliche Finanzierungen für Zeitungen und öffentlich-rechtliche Zeitungen einführen. Dann soll man sie lieber untergehen lassen.

Dieter Stolte:

Ich finde den Hinweis auf anonyme Investoren sehr wichtig. Wir sehen das bei der Entwicklung von Pro7/SAT1. Der Sender wäre nicht in der schlechten finanziellen Verfassung, in der er sich heute befindet und damit auch seine programmliche Leistungsfähigkeit eingeschränkt, wenn es nicht diesen kaum noch nachvollziehbaren Wechsel gäbe, also nach der Insolvenz von Kirch über Saban bis hin zu ausländischen privaten Kapital-Gesellschaften. Das ist insgesamt eine verheerende Entwicklung.

Es ist immer von Vorteil, auch wenn man mit den Weltbildern dieser Persönlichkeiten nicht übereinstimmen muss, zu wissen, mit wem man es zu tun hat: mit einem Verleger Axel Springer, einem Fernsehunternehmer Leo Kirch oder einer Familie Reinhard Mohn. Ich greife die auf, die mir so in den Sinn kommen. Das sind alles Bürgerinnen und Bürger, die in unserer Gesellschaft leben, die sich dieser Kultur verpflichtet fühlen. Sie werden nicht gezielt dagegen vorstoßen, denn Medienprodukte sind immer Produkte besonderer Art.

Ich weiß nicht, an wen man sich eigentlich bei Pro7 oder SAT1 wenden soll. Wer steht hier für was?

Sie haben völlig recht, dazu gehört auch die Überprüfung des Kartellrechts. Die Rechtsprechung des Kartellamts hat ja vor einigen Jahren dazu geführt, dass es zu einer Entwicklung gekommen ist, dass dem Axel-Springer-Verlag unter Verweis auf die Marktstellung der *Bild-Zeitung* der Zutritt zum Fernsehen in Deutschland untersagt wurde. Das hat eine Apodiktik, die die Medienpolitik bisher nicht ausreichend diskutiert hat und wo ich der Meinung bin, dass das ein Punkt wäre, der der erneuten Erörterung und Überprüfung bedarf.

Zu der hier allgemein festgestellten Folgenlosigkeit der Gremien gilt folgendes: der Intendant vertritt das ZDF, aber ordnungsgemäßes Handeln des ZDF kommt nur zustande durch das Zusammenwirken der drei Organe, nämlich Verwaltungsrat und Fernsehrat mit dem Intendanten.

Natürlich liegt es im Interesse des Intendanten, die Vorgänge so plausibel und begründet darzustellen, dass sie zustimmungsfähig sind, aber ich erinnere mich auch leidenschaftlicher Diskussionen im Fernsehrat des ZDF. Herr Schwarz-Schilling hat über das Thema Ausgewogenheit ein Wort gesagt. Das hat zu großen Debatten geführt, die dann in einen Kriterienkatalog eingeflossen sind. Es gab eine große Debatte im Fernsehrat, z.B. durch einen Vertreter der SPD – Hermann Heinemann – angeregt, die Übertragungen der Formel1 einzustellen, was heute kein Mensch mehr weiß. Warum haben wir uns verabschiedet? Nicht weil sie zu teuer gewesen wären, sondern weil es eine Abfolge großer Unfälle mit tödlichem Ausgang gegeben hat, die auch im Fernsehen als Teil der Live-Übertragung gesendet wurden. Die Folge war, dass wir aus der Formel1-Übertragung ausgeschieden sind.

Aus anderen Gründen sage ich heute rückblickend, das war auch kein Element der Grundversorgung. Auch Boxen ist kein Element der Grundversorgung, und damit kein Missverständnis aufkommt, die Übertragungen sind seinerzeit unter meiner Verantwortung im ZDF eingeführt worden. Nach vielen Skrupeln habe ich mich überzeugen lassen, dass das vertretbar ist. Jetzt wird es wieder abgeschafft. Das ist gut so. Fußball hingegen ist notwendig, Olympiaden ebenso. Alle diese gesellschaftsbindenden Sportarten gehören unverzichtbar zum Angebot öffentlich-rechtlicher Anstalten. Ohne sie würden ARD und ZDF an öffentlicher Beachtung und schließlich an Akzeptanz verlieren.

Und eine letzte Bemerkung zu dem, was Herr Wilke gesagt hat: Ich hatte das Glück, dass ich nach einer langen Phase im Fernsehen noch drei Jahre als Herausgeber zweier Tageszeitungen – *Die WELT* und *Berliner Morgenpost* – tätig sein konnte.

Worüber sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlich-rechtlicher Anstalten nicht hinreichend im Klaren sind, sind die Existenzängste, die Journalisten aufgrund der labilen wirtschaftlichen Situation der Zeitungen haben. Ob das im Einzelnen mit den Ängsten zu weit geht, ist ein anderes Thema, aber zu verstehen, dass es Ängste gibt, die nichts mit der Medienpolitik zu tun haben und dass man nicht jeden Artikel eines Journalisten aus einer medienpolitischen Gegnerschaft zum öffentlich-rechtlichen System begreifen darf, sondern aus seiner beruflichen Existenz, erscheint mir wichtig. Dafür gibt es kein ausreichendes Verständnis.

Insofern, Herr Wilke, bin ich dankbar dafür, dass Sie noch mal Ihre Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Zeitungen gelenkt haben. Von gebührenfinanzierten Zeitungen halte ich nichts. Die Verleger übrigens auch nicht, glücklicherweise.

Claus Detjen:

Herr Doetz, die Frage der Finanzinvestoren ist ja für den Bereich, den Sie vertreten, von besonderer Bedeutung.

Jürgen Doetz:

Nicht nur für den, sondern für andere auch. Herr Professor Stolte, wenn Sie das flammende völkerverbindende Element der Olympischen Spiele und der Fußballweltmeisterschaft nicht abgeben, dann fehlt nur noch der Satz, es stehe im Grundgesetz, dass dies öffentlich-rechtlich übertragen sein muss. Das ist Gott sei Dank nicht der Fall. Niemand will den Deutschen den Fußball oder die Olympischen Spiele wegnehmen. Wo es übertragen wird, das überlassen wir aber der öffentlichen Diskussion und das bedeutet im Ergebnis nicht automatisch, dass es der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist.

Aber das nur mal zum weitverbreiteten Verständnis, dass das Gute öffentlich-rechtlich sein muss und bei den Privaten der Rest landet. Und ganz schlimm wird es natürlich dann, wenn Finanzinvestoren das Sagen haben.

Es ist immer besser, Finanzinvestoren betreiben einen Sender als dass es einen Sender nicht mehr gibt. Da müssen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass Finanzinvestoren Premiere gerettet haben, sonst gäbe es „Premiere“ nicht mehr. Und als es um Pro7/SAT1 ging, stand keine der Persönlichkeiten, hoch geschätzt, mir persönlich sehr nahe stehend bereit oder war in der Lage, hier etwas zu tun. Und soll Herr Krautscheid dann ins Gesetz schreiben, der Sender hat Pleite zu gehen, bevor Finanzinvestoren ins Spiel kommen? Sorry, die Realität sieht anders aus. Wo waren denn die Leute mit den großen Geldsäcken, die den privaten Rundfunk retten wollten.

Sorry, es gab diese Entwicklung. Die können Sie allgemein bedauern, aber bedenken Sie immer, es gab bislang schon zwei wichtige Unternehmen, die nur mit Hilfe von Finanzinvestoren weiterleben konnten.

Dass Finanzinvestoren genauso wie andere Aktionäre ihre Spielregeln haben und die Aktionäre von einer normalen Gesellschaft nicht anders als Finanzinvestoren sind, wenn es um Gewinne geht, das ist unser Wirtschaftssystem. Und da können Sie dann lange darüber reden, was das für Programminhalte bedeutet. Ich kenne keine Finanzinvestoren, die glauben, sie müssten jetzt Programmdirektoren sein. Bitte hier keine falschen Feindbilder aufbauen.

Dass das Thema Gebühr für Zeitungen wieder hochkommt, kommt natürlich auch aus Amerika. Ich habe dabei den Satz von Döpfner im Ohr, dass eine Zeitung lieber pleite ist, als eine gebührenfinanzierte Zeitung zu sein. Ich habe es vorhin mal angedeutet, wieso es eine gesellschaftliche Verantwortung gibt. Bei diesen ganzen Auflagen, die wir haben, fängt man nach 25 Jahren langsam an; darüber nachzudenken, ob die Auflagen so noch sinnvoll sind, insbesondere die, die uns wirtschaftlich wirklich in Bedrängnis bringen. Hier fällt mir jetzt nicht gerade zufällig ein Fensterveranstalter aus Nordrhein-Westfalen ein, die haben am wenigsten unter der Krise zu leiden.

Das gehört mit zum Thema, wenn ich über Qualitätssicherung rede und Qualität sich nicht refinanzieren lässt. Ich stehe vor der Frage, lasse ich die Qualität den Bach runtergehen oder überlege ich, was wäre möglich. Da könnte es ein Anreizsystem geben, da gäbe es den Abbau von Blockaden, da gäbe es neue Formen der Regulierung, die etwas unternehmerfreundlicher gestaltet werden könnte. Das sind alles Punkte, über die es nachzudenken gilt.

Ich habe bislang immer gesagt, ich will keine öffentlich-rechtlichen Gelder als privater Sender, weil ich mir zum Beispiel vorgestellt habe, dann auch Gremien im Haus zu haben, wie es die Anstalten haben. Man muss heute aber über alles nachdenken können und muss dann entscheiden, was für uns wichtiger ist. Uns ist wichtig, dass bei der Werbung endlich mal ein Strich gezogen wird. Uns ist wichtig, von Auflagen befreit zu werden. Und besonders wichtig ist uns, dass man über alles nachdenken kann in dieser, gerade in dieser Zeit.

Es ist wunderschön, wenn sie uns erzählen, was sie intern machen. Nur verstehe ich die öffentlich-rechtlichen Aufsichtsgremien immer noch als die Vertreter der Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft überhaupt nicht mitkriegt, was sie da machen, dann müssen sie sich gefallen lassen, dass sie auch amtlich bestätigt bekommen, dass es fraglich ist, ob sie ihre Aufgabe wahrnehmen. Und wenn sie so selbstbewusst sind, warum sagen sie ihrem Intendanten nicht, dass sie ihre Sitzungen wieder öffentlich führen wollen. Sie sind doch das Gremium, nicht der Intendant.

Also bitte, machen Sie das deutlich, vielleicht bauen Sie dann ganz schnell die Vorbehalte ab. Viele der Themen überlappen sich, überschneiden sich, aber bitte nehmen Sie die alte Binsenwahrheit zur Kenntnis, kommerzielle Unternehmen gehen pleite, wenn sie keinen Erfolg haben. Vielleicht gäbe es Sender bei uns, die liebend gerne 24 Stunden am Tag Ballett und anderes senden würden, wie Opern rund um die Welt, nur die würden Sie am nächsten Tag beim Konkursrichter treffen und das ist nicht unbedingt die Aufgabe des privaten Rundfunks. Der benötigt Quote.

Herr Schwarz-Schilling, wir alle wissen, was zu kämpfen war, nur wir müssen zur Kenntnis nehmen, heute ist kein Senderchef im Amt, der noch weiß, dass es mal ein Rundfunksystem gab, indem es nur öffentlich-rechtliche Anstalten gab. Und da muss man, kann man entweder so eine Veranstaltung machen, eine Rückschau, wir gucken zurück und erzählen uns, wie schlimm und wie schwierig das damals war oder wir sagen, das ist ein Anlass zu sagen okay, schöner Erfolg und jetzt geht es weiter. Wie? So habe ich die Veranstaltung verstanden.

Claus Detjen:

Es war ja von vornherein die erklärte Absicht, den Ausblick nach vorn zu öffnen und sich nicht in nostalgischen Schwärmereien zu tummeln. Die sind nicht schwärmerisch gewesen, sondern sie sind sehr realistisch gewesen, glaube ich.

Herr Minister Krautscheid, es sind zwei Bereiche angesprochen worden, nämlich die Finanzierungssysteme. Hier Finanzierungssystem Werbung, dort Finanzierungssystem Gebühren.

Das zweite ist der Bereich der Presse. Ich will das noch mal zuspitzen. Das Stichwort Kartellrecht gehört hierher. Sie haben in Nordrhein-Westfalen selbst eine Diskussion begonnen und Gedanken ins Spiel gebracht, die zu einer Veränderung der derzeitigen Regulierung für das Kartellrecht führen. Ich glaube, das ist der entscheidende Punkt zu dem, was Sie, Herr Professor Wilke, gesagt haben, die Frage nämlich, wird das Kartellrecht dahingehend weiterentwickelt, dass sich im Bereich der Printmedien Strukturen entwickeln können, die zukunftsfähig sind? Bisher verhindert genau dieses das Kartellrecht, und die Gefahr ist, dass wenn hier nicht Veränderungen eintreten, bei der Presse ähnliches geschieht wie im Fernsehen. Es gibt keine privaten publizistisch orientierten Investoren mehr, es kommen dann nur noch die reinen Finanzinvestoren. Das Kartellamt hat es im Fernsehen verhindert, dass Strukturen entstehen, die auch deutschen Persönlichkeiten, deutschen Unternehmen die Möglichkeit gegeben hätten, sich im privaten Fernsehen und Hörfunk zukunftsfähiger zu machen, als das unter den gegebenen Bedingungen möglich gewesen ist.

Wird es also für die Presse das gleiche Schicksal sein oder werden Sie dafür sorgen, dass es sich ändert?

Andreas Krautscheid:

Zwei Punkte sind bei den Finanzinvestoren auseinanderzuhalten. Ich glaube, wir sind uns über die Folgen und die Wirkungen dessen, was wir in München zum Stichwort Heuschreckenattitüde erlebt haben, einig. Wir wären alle froh gewesen, wenn jemand zum Zuge gekommen wäre, der mehr journalistischen Approach gehabt hätte.

Beim Thema Digitalisierung haben wir noch erheblich mehr Möglichkeiten. Wem die Vielfalt gefällt, der muss auch in Zukunft Leute finden, die bereit sind, Geld zu investieren. Es ist ein relativ unauflöslicher Zusammenhang. So wird es auch in Zukunft gelegentlich Leute geben, die nicht nur journalistisch getrieben sind.

Wir hatten im letzten Jahr bei uns eine Phase, da konnte man fast drei Gespräche in der Woche mit Interessenten führen, die irgendwelche Digitalkanäle aufmachen und ganz dringend und unbedingt nach Nordrhein-Westfalen wollten. Das fing an bei Special-Interest-Geschichten vom Anglerkanal. Nach drei Monaten war das kein Anglerkanal mehr, sondern schon der Herings-, Dorsch- oder Hechtkanal. So differenzierte sich das über Monate immer weiter aus, und spätestens jetzt, angesichts der Werbekrise, ist klar, dass es sich gar nicht finanzieren lässt.

Inzwischen ist auch wieder ein bisschen Vernunft eingekehrt. Aber Sie brauchen in jedem Falle für diese Vielfalt Leute, die Geld investieren. So einfach ist das, und das muss man akzeptieren, sonst wird Vielfalt auf Dauer nicht bestehen.

Die Frage ist, welche Spielregeln wir anlegen. Herr Stolte, die Bayern und wir haben einige Änderungsvorschläge im Bereich des Wettbewerbsrechts und des Rundfunkstaatsvertrags gemacht. Damit könnte man unter Umständen in Fällen wie bei Springer/Pro7 vielleicht zu anderen Ergebnissen kommen. Klar ist aber, dass sie keine rechtliche Lösung entwickeln können, die nur Investoren zulässt, die journalistische Kompetenz mitbringen. Das ist, glaube ich, rechtlich gar nicht zu machen. Unser Medienkonzentrationsrecht ist, was das GWB angeht, sehr fernsehfixiert und schaut in punkto Meinungsmacht sehr stark auf die Quoten. Ich finde es ziemlich absurd, diese Messlatte auch bei einem Sender anzulegen, der überwiegend Sport und Unterhaltung liefert. Die Relevanz für die Meinungsmacht, die ich dann aus den Quoten ableite, ist aus meiner Sicht nicht zwingend. Hier gibt es Spielräume. Nur noch mal, wer Vielfalt will, muss auch Menschen mögen, die Geld mitbringen. Das ist leider so im Fernsehbereich, denn Fernsehen ist nach wie vor eine sehr teure Veranstaltung.

Ein Missverständnis sollte nicht auftreten: Das, was ich über Gremien gesagt habe, heißt nicht, dass ich sie geringschätze. Im Gegenteil, ich wünsche mir, dass sie eine stärkere Rolle spielen, sowohl intern als auch

in der äußeren Wahrnehmung. Allerdings führen die Debatten, wie Sie sie eben zum Beispiel beschrieben haben und wie ich sie auch erlebe, in der Außenwahrnehmung zu dem, was Herr Doetz gesagt hat. Nach dem Motto streng geheim und folgenlos. Außenwahrnehmung kann sehr ungerecht sein. Ich glaube, die Gremien müssen sich selber klarer darüber werden, dass vielleicht auch öffentlich werdende Kritik nicht direkt als Majestätsbeleidigung abgebucht wird. Wenn man sich zum Programm äußert, darf dann auch der VPRT nicht darüber herfallen und höhnisch lächelnd sagen, seht mal, da ist aber mächtig Stimmung in der Bude. Stattdessen muss man das in Form einer Wertschätzung für die Arbeit von Gremien akzeptieren.

Zum nächsten Punkt: Ich wünsche mir die verstärkte Qualitätsdebatte, die wir eben angezettelt haben. Ich wünsche mir im Moment von Öffentlich-Rechtlichen und von den Privaten, etwas mehr Mut, neue Dinge im Programm aufzunehmen. Die Wirtschaftskrise führt dazu, dass man derzeit sehr häufig in den Keller geht und Altbewährtes nimmt. Das ist verständlich, aber man wird die Zuschauer auch nur weiter faszinieren können, wenn einem etwas Neues einfällt. Das gilt für Öffentlich-Rechtliche wie für Private. Ich bleibe beim Thema Grundversorgung dabei – auch da stimme ich Herrn Doetz zu –: Fußball natürlich gerne. Allerdings glaube ich, dass Grundversorgung nicht zwingend nur um 18.00 Uhr mit allen Toren stattfinden muss. Um 22.00 Uhr ist Fußball auch noch interessant und verlangt vielleicht auch etwas weniger Gebührengelder.

Mein letzter Punkt ist die Presse. Ein Thema, was uns zurzeit sehr beschäftigt. Wir haben 42 Tageszeitungen in Nordrhein-Westfalen. Die Zeitungen verlieren Leser und Abonnements und haben große Probleme bei den Werbeeinnahmen. Da muss man gesetzlich einiges neu regeln, Stichworte wären hier: Beteiligung am lokalem Fernsehen, Aktivitäten im Internet etc.

Ich habe in den letzten Wochen bei einer Reihe von Gesprächen und bei vielen Verlegertreffen nicht ein einziges Mal den Satz gehört: Lasst uns über staatliche Subventionen oder über gebührenfinanzierte Produkte nachdenken. Ich freue mich sehr darüber, dass die Verleger in unserem Lande so selbstbewusst und historisch bewusst sind, dass sie sagen, dieses passt nicht zu unserem Selbstverständnis. Und ich hoffe, dass das so bleibt. Man muss ihnen rechtlich helfen, neue Tätigkeitsfelder erschließen zu können, aber ich glaube, es ist in Deutschland eine gute Tradition,

dass verlegerische Aktivität und Steuerfinanzierung wie Feuer und Wasser sind.

Wir werden nicht die Situation bekommen wie in den USA, davon bin ich überzeugt. Die deutsche Situation ist völlig anders, was z.B. die Leserbindung angeht. Ich finde es ein sehr starkes und selbstbewusstes Zeichen, wenn die Verleger von sich aus sagen, staatliche Mittel wollen wir nicht, brauchen wir nicht, weil wir das selbst hinkriegen.

Claus Detjen:

Ich glaube nicht, dass es ausreicht, neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Dieses Stichwort geht zum Schlusswort an den früheren Ministerpräsidenten Professor Vogel, der mit dem Projekt in Rheinland-Pfalz ja auch ganz bewusst den Zeitungsverlagen neue Tätigkeitsfelder eröffnet hat und eröffnen wollte. Wenn man das auf die heutige Situation überträgt und wieder anknüpft an die Frage von Herrn Professor Wilke, dann gehört das zur ordnungspolitischen Aufgabe, die Strukturen zu ermöglichen, die Zeitungsverlage, Presseunternehmen in die Lage versetzen, in Größenordnungen zu agieren und neue Möglichkeiten wahrzunehmen, die sie unter den bisherigen Regelungen nicht wahrnehmen können.

Bernhard Vogel:

Erstens, Herr Doetz, Sie brauchen keine Sorge haben, ich bin nicht für ein neues Grundgesetz und auch nicht für Aufnahme von Sportübertragungsrechten in das Grundgesetz, sondern ich bin dafür, dass wir das Wort „Grundversorgung“ weiter einer etwas deutlicheren Klärung entgegenführen als in der Vergangenheit. Das Wort kommt ja bekanntlich von dem Gericht, dem Herr Grimm angehört hat. Trotzdem möchte ich nicht erleben, dass Herr Grimms Vorschlag sich durchsetzt und dass wir eine öffentlich-rechtliche Zeitung bekommen. Ich hoffe, ich erlebe das nicht.

Zweite Bemerkung: Wenn jemand Zweifel haben sollte, an der Kompetenz und dem Sachverstand vieler Gremienmitglieder, da will ich ausdrücklich sagen, das war nicht mein Diskussionspunkt. Mein Diskussionspunkt ist, dass wir im Medienbereich, aber auch im Banken- oder auch im Hochschulbereich klarer definieren müssen, was die Aufgaben dieser Aufsichtsgremien sind.

Es gibt beispielsweise ja immer wieder die Diskussion um Parteientsandte. Ich habe nie erlebt, dass die zum Schluss in erster Linie Parteientsandte waren, sondern sie waren immer Verteidiger der jeweiligen Anstalt. Und es geht mir um die Frage der Definition der Aufgaben der Gremien, der Kontrollgremien und darüber muss weiter gesprochen werden.

Dritte Bemerkung: Herr Gottschalk ist ein Ehrenmann, Herr Reich-Ranicki ist ein Ehrenmann, aber die von Herrn Reich-Ranicki aufgeworfenen Fragen mit Herrn Gottschalk zu diskutieren, zeigt, dass man sie nicht diskutieren wollte. Das liegt nicht an Herrn Gottschalk, das liegt nicht an Herrn Reich-Ranicki, sondern das liegt an der Idee, dieses Thema diesen beiden gemeinsam zuzuweisen. Was hätten sie anderes sagen sollen als das, was sie gesagt haben.

Vierte Bemerkung: Es gibt für mich keinen Zweifel, dass es Grund gibt, sich weiter mit den heute diskutierten Fragen zu beschäftigen, weil wir nicht an einem Endpunkt angekommen sind, sondern im Gegenteil, neue Felder der Auseinandersetzung und der Entwicklung eröffnet sind. Insofern 25 Jahre okay, aber bitte vor allem, wie es weitergeht.

Claus Detjen:

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren im Publikum, und herzlichen Dank den Podiumsteilnehmern.

DIE AUTOREN

Claus Detjen

Verleger und Geschäftsführer des Zeitungsverlags Schwäbisch Hall GmbH

Jürgen Doetz

Präsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien e.V.

Andreas Krautscheid

*Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes
Nordrhein-Westfalen*

Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte

*Intendant des ZDF von 1982 bis 2002, später Herausgeber der Zeitungen
Die Welt und Berliner Morgenpost*

Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring

Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien

Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a.D.

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Prof. Dr. Jürgen Wilke

Professor für Publizistik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

HERAUSGEBER UND

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Barthel Schölgens

Leiter Stabsstelle Medienpolitik

Zentralabteilung Kommunikation und Medien

53754 Sankt Augustin

Telefon: +49(0)-2241-2 46 25 25

E-Mail: barthel.schoelgens@kas.de